

Diese Zeitung erscheint jede Woche, Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalte Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358.15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Hrey. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

Neuwahlen der Betriebsvertretungen 1931.

Die Amtsdauer der Mehrzahl der Betriebsvertretungen läuft infolge der alljährlich von den Gewerkschaften zu dieser Zeit durchgeführten Neuwahlen wiederum in den Monaten März bis April 1931 ab.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1931 sind daher von den Ortsausschüssen des ADGB. und den Ortskartellen des IFA-Bundes

in den Monaten Februar bis März 1931

gemeinsam durchzuführen.

Es ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an dem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vornehmen, und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig keine Betriebsvertretung besitzen, ihre Arbeitgeber zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften. Diese haben gegebenenfalls die Bestellung eines Wahlvorstandes bei dem Vorsitzenden des zuständigen Arbeitsgerichts zu beantragen. Diejenigen Betriebsvertretungen, die erst nach dem 1. Oktober 1930 gewählt worden sind, brauchen jetzt eine Neuwahl noch nicht durchzuführen. Die Betriebsvertretungen sämtlicher Behörden sowie diejenigen im Baugewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft handeln nur nach den unmittelbaren Anweisungen ihrer zuständigen Gewerkschaften. Alle übrigen Betriebsvertretungen sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen zu dem dafür bestimmten Termin vornehmen. Nach einer Vereinbarung der im Bergbau zuständigen Gewerkschaften finden die Betriebsrätewahlen 1931 für den Bergbau in der Zeit vom 24. bis 26. März 1931 statt.

Seit 1930 ist die Arbeiterbewegung vor eine ganz neue,

außerordentlich schwierige Situation

gestellt. Als Folge der Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung haben wir wie in anderen Industriestaaten auch in Deutschland eine Arbeitslosigkeit von einem bisher nie dagewesenen Ausmaß. Gegenwärtig ist noch nicht abzusehen, wie diese Arbeitslosigkeit behoben und die Wirtschaft wieder in normalen Gang gebracht werden kann.

Die Verzweiflung, die infolgedessen große Schichten von Arbeitern und Angestellten erfasst hat, hat dazu geführt, daß bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 Millionen

Auf zu den Betriebsrätewahlen 1931!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Staatsbürger glaubten, nur noch von den extremen Parteien von ganz rechts und ganz links das Heil erwarten zu können.

Die Reichsregierung hat sich verpflichtet geglaubt, den gegenwärtigen Verhältnissen mit außerordentlichen Maßnahmen zu steuern. Durch diese Maßnahmen sind erhebliche Verschlechterungen des deutschen Sozialrechtes eingetreten.

Neben der gewaltigen Arbeitslosigkeit wird die Existenz der Arbeiter und Angestellten durch Aussetzung, Kurzarbeit und Betriebsstillegungen ununterbrochen erschüttert.

Es gibt nur eine Möglichkeit, aus diesen Zuständen wieder herauszukommen:

die Macht und Geschlossenheit der Gewerkschaften aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Wiederum ist daher wie bereits im Jahre 1930 für die Betriebsrätewahlen 1931 die Parole: Für die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung!

Wegen der Durchführung der Neuwahlen verweisen wir im übrigen noch auf die übereinstimmenden Richtlinien des ADGB. und des IFA-Bundes. Die aufgestellten Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des ADGB. angehören oder, wenn sie Angestellte sind, bei einer der dem IFA-Bunde angeschlossenen Organisationen Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maßgebend sein, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebbarkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden.

Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des ADGB. notwendig und eine Verständigung mit den Organisationen des IFA-Bundes anzustreben.

Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorzugsliste nach diesen Grundätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem ADGB. oder dem IFA-Bund angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf einer Gegenliste aufstellen lassen.

Gewerkschaftskollegen! Gewerkschaftskolleginnen!

Sorgt dafür, daß in allen Betrieben, in denen Betriebsvertretungen zu wählen sind, von diesem Rechte Gebrauch gemacht wird, und daß überall die fähigsten Belegschaftsangehörigen in die Betriebsvertretungen gewählt werden!

wirtschaftlichen Umwälzungen zu einem internationalen Problem geworden. International müssen daher auch die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung sein.

Doch vor allem gilt es im Lande selbst den Kampf gegen das Übel zu führen. Unentbehrlich sind die Arbeitslosenversicherung und die Unterstützung. Wenn sich die Zahl der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten in den wichtigsten Industrieländern der Welt von 4,5 Millionen (im Jahre 1919) auf 44,6 Millionen (im Jahre 1930) — also um das Zehnfache — erhöht hat, ist dies ein Beweis für die wachsende Bedeutung der Versicherung. In immer höherem Maße werden in fast allen Industrieländern öffentliche Arbeiten zur Verringerung der Arbeitslosigkeit gefördert. Eine öffentliche und kostenlose Arbeitsvermittlung wirkt regulierend und helfend. Die Zahl der öffentlich vermittelten Stellen hat sich von 2,7 Millionen im Jahre 1911 auf etwa 20 Millionen im Jahre 1930 erhöht. Über alles dieses sind nur Hilfsmittel, die zwar lindern können, die aber nicht geeignet sind, das Übel zu beseitigen.

Dazu bedarf es heute Maßnahmen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art, die weit über das hinausgehen, was bisher an internationaler Zusammenarbeit geleistet worden ist. Mit der Bekämpfung der Kohlenkrise haben Völkerbund und Internationales Arbeitsamt auf diesem Gebiete einen, wenn auch noch beschränkten, Anfang gemacht. Wie lange der Kampf noch dauern mag, er muß enden mit einer Verständigung der kohleerzeugenden Länder untereinander und vor allem mit einer internationalen Gleichgestaltung der Arbeitsbedingungen. Und was hier für die Kohle gilt, hat allgemeine Geltung.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat im Oktober 1930 auf Grund eines Vorschlages der Arbeitergruppe beschlossen, seinen Ausschuss zur Erforschung der Arbeitslosigkeit zu erweitern und mit einer eingehenden Erhebung über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die zu ihrer Bekämpfung geeigneten Maßnahmen zu beauftragen. Es darf in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß das Internationale Arbeitsamt und andere Völkerbundsorgane in bezug auf die wissenschaftliche Ermittlung der wichtigsten Ursachen schon wertvolle Vorarbeit geleistet haben. Heute kommt es mehr auf die politischen Entscheidungen an. Ein Blick auf die zu behandelnden Probleme beweist dies. Als Krisenursachen werden in dem Antrag der Arbeitergruppe in Genf u. a. genannt:

1. der sinnlose Zollkrieg unter den Nationen;
2. die mangelhafte internationale Verteilung des Kapitals und der Rohstoffe;
3. die mangelhafte Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse der Verbraucher;
4. die schlechte Verteilung des Volkseinkommens unter die verschiedenen Bevölkerungsschichten;
5. die Rationalisierung usw.

Eine zweckmäßige Regelung gerade dieser Fragen setzt eine weitgehende Verständigungsbereitschaft der Nationen voraus. Noch scheinen sie für eine Niederlegung der Zollgrenzen, wie die Völkerbundskonferenz bewies, nicht reif zu sein. Das gleiche gilt hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffe. Ob die Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich in der Lage sein wird, eine bessere Kapitalverteilung herbeizuführen, scheint noch zweifelhaft. Noch ist, alles in allem, der Einfluß der organisierten Arbeiterbewegung auf die Regierungen und für die Gestaltung der Verhältnisse zu schwach. Dies zeigt insbesondere die Tatsache, daß auch die mangelhafte Verteilung der Volkseinkommen eine Ursache der Krise mit ist. Der Lohn ist ein politischer Lohn. Von dem Volkseinkommen erhält die Arbeiterschaft nur den Anteil, den sie kraft ihrer organisierten Macht politisch und gewerkschaftlich zu erkämpfen vermag. Das gleiche gilt ohne Einschränkung auch für die Erringung des der Arbeiterschaft zustehenden Anteils an den Erfolgen der Rationalisierung. Auch die Verständigung mit der farbigen Arbeiterschaft Asiens und Afrikas, die heute schon den europäischen Arbeitsmarkt bedrängt, ist eine Angelegenheit, die nur mit Hilfe der organisierten Arbeiterbewegung zweckmäßig geregelt werden kann.

In dieser Richtung liegen auch die in einer Denkschrift zur Europakonferenz gemachten Vorschläge des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas. Hier wird insbesondere betont, daß sich jede europäische Einigung und Verständigung unmittelbar auf die Arbeitsbedingungen und die Kaufkraft der Arbeiterschaft auswirken müsse, und daß daher die Vertretung der Arbeiterschaft unbedingt das Recht zur Mitwirkung haben müsse. Wirtschaftliche und politische Maßnahmen in Europa müßten eine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft bringen. Daher könne eine solche Verständigung nicht allein das Werk von Politikern und Wirtschaftlern sein, sondern sie sei nur möglich im engsten Zusammenwirken mit der internationalen Arbeitsorganisation, wo die Arbeiter der Welt einen maßgebenden Einfluß besitzen, und dem geplanten europäischen Komitee.

Eine machtvolle internationale Arbeiterbewegung ist daher die Voraussetzung für eine

Unsere Jubiläumsschrift im Urteil der Presse.

Von den vielen lobenden Besprechungen, die unsere Festschrift „Vierzig Jahre Kampf“ erfahren hat, heben wir die folgende besonders hervor. Sie erschien in der von Dr. R. Kuczynski herausgegebenen „Finanzpolitischen Korrespondenz“:

„Die Verfasser dieses Buches beteuern in ihrem Vorwort, daß es sich in diesem Werk gewissermaßen nur um eine Materialsammlung für eine Geschichte des Fabrikarbeiterverbandes handelt. Sie entschuldigen sich wegen des Umfangs der Schrift.

In der Tat, wenn wir dieses Werk mit anderen Geschichten zu sein, sondern nur Material. Aber uns scheint es doch, daß es eine der best geschriebenen, amüsantesten, interessantesten, ernsthaftesten, eindringlichsten Materialsammlungen, nein: Geschichtswerke der Gewerkschaftsbewegung ist. So sollte Gewerkschaftsgeschichte geschrieben werden — es sei denn, man plant ein Monumentalwerk, wie die Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung. Nur durch Bücher dieser Art kann man wirklich alle Mitglieder der Gewerkschaft zur Beschäftigung mit der Geschichte ihres eigenen Verbandes bringen. Selbstverständlich haben wir, wie wahrscheinlich jeder Leser, manches an mancher Darstellung auszusetzen. Aber das ist nicht wesentlich. Jeder kann für sich selber kritisieren, aber nur wenige können eine solche Verbandsgeschichte zusammenstellen. Sie ist ein Musterbeispiel.“

Die Welt im Zeichen des Hungers.

Internationale Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Völker hungern bei vollen Schuppen! Dieses in letzter Zeit mehrfach gebrauchte Wort ist heute zu einer traurigen Wahrheit für die Arbeiterschaft der Welt geworden. Trotzdem diese traurige Tatsache zum Leitmotiv der Europakonferenz hätte werden müssen, strift man sich um nebensächliche Dinge. Wie liegen die Verhältnisse? Am Welt-

markte brechen die Preise zusammen infolge des stellenweise herrschenden Überflusses. Unüberwindliche Zollmauern hindern das Eindringen billiger Ware in die Bedarfsländer. In Kanada, in Nord- und Südamerika, werden Mais und Weizen als Brennstoffe verfeuert. In Brasilien werden mit voller Absicht Millionenwerte an Kaffee, in anderen südamerikanischen Ländern an Zucker verbrannt, und einem merkwürdigen Geheiß folgend, fangen auch die Lagerhäuser europäischer Importeure zu brennen an. Mit einer hochentwickelten Technik ausgestattete Industrien lassen Bedarfs- und Luxusgüter sich zu Bergen türmen. Daneben stehen — nach Berechnungen des Internationalen Arbeitsamtes — mehr als 15 Millionen Arbeitslose, das sind mit ihren Angehörigen über 60 Millionen Menschen, die nicht nur verbrauchsunfähig gemacht worden sind, sondern die eine moderne Gesellschaft hochstäblich dem Hunger überantwortet.

Mit der jungen Völkern eigenen Sorglosigkeit erklärte man noch vor mehr als einem Jahre in den Vereinigten Staaten, es gebe in diesem Lande keine Arbeitslosigkeit. Man lehnte vorbeugende sozialpolitische Maßnahmen ab — die hohen Löhne machten solche überflüssig. Heute stehen in USA. sieben Millionen Arbeitslose ohne wirksame Hilfe auf der Straße und nähren sich kümmerlich von den Betteluppen der Vanderbilt, des roten Kreuzes und der Heilarmee. Die amerikanischen Kommunen, denen heute Millionen von Armen zur Last fallen, schreien nach einem staatlichen Versicherungszwang. Sie preisen als Reue, was für die alte Welt unter dem Druck einer organisierten Arbeiterbewegung schon lange zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Und wenn die Berliner „Rote Fahne“ mit Überheblichkeit erklärt, man suche in den Statistiken des Internationalen Arbeitsamtes vergeblich nach einer Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland, so sei demgegenüber festgestellt, daß es dort durch brutalen Arbeitszwang zwar gelungen ist, die Arbeitslosigkeit hinwegzudekretieren. Aber auch die fanatischsten Anhänger Sowjetrußlands müssen erkennen, daß sich der Hunger nicht durch Verordnungen verschonen läßt. Und das russische Proletariat hungert in seinem Arbeitszwang, damit die Lebensmittel zu Schlenkerpreisen exportiert werden können, um die Devisen des europäischen und amerikanischen Kapitalismus ins Land zu bekommen. Der Fünfjahresplan ist ein Lebensweg und ein Opfergang für das russische Proletariat. Von der Phalanx des Hungers und der Not ist auch die sowjetrussische Arbeiterschaft nicht ausgeschlossen. Die Arbeitslosigkeit ist durch die welt-

erfolgreiche Lösung der internationalen Probleme. Die Arbeiterschaft kann die vom Internationalen Arbeitsamt und vom Völkerbund angebotene wissenschaftliche Durchleuchtung der Ursachen der Weltkrise nur begrüßen. Aber darüber hinaus muß sie in allen Ländern die Vertreter der Gemeininteressen an die Stelle der Vertreter der Privatwirtschaft setzen. Erst dann verschwinden die heute noch unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten politischer Art.

Nationalsozialistische Wirtschaftsführung und Wirtschaftsrettung.

„Wir wollen Deutschland nicht nur politisch retten, sondern auch die deutsche Wirtschaft wird eine Zeit unerhörter Mühe erleben, wenn wir erst an der Macht sind!“ So lautet die prahlische Versicherung der Nazis, und viele — glauben ihnen aufs Wort. Dabei müßte schon ein flüchtiger Vergleich zwischen dem nationalsozialistischen Parteiprogramm und ihren Taten im Reichstag auch dem Einfältigsten zeigen, wie es um die wirkliche Kraft und Kunst der Partei der weißen Mäule bestellt ist. Aber das ist ja kein Wunder! Eine Partei, die so sehr von demselben Kapital abhängt, das zu bekämpfen sie vorgibt, kann ihre Versprechungen an die Wähler nicht wahr machen, selbst wenn sie es wollte. Und sie will es ja auch gar nicht, weder in der Politik noch in der Wirtschaft. Der ganze große und kostspielige Apparat der Nationalsozialistischen Partei dient nur den persönlichen Interessen einiger weniger „führender Parteigenossen“ und den Interessen der Unternehmer, die diese Partei finanzieren. Das haben schon viele der besorgten Wähler aus dem Mittelstande und aus der Arbeiterklasse gemerkt, die auf die tönenden Phrasen der Hakenkreuzler hereinfielen — und einige Wochen nationalsozialistischer Diktatur würden es den anderen ebenso fürchterlich klar werden lassen, daß die Nationalsozialistische Arbeiterpartei weder eine nationale noch eine sozialistische und noch weniger eine Arbeiterpartei ist. National ist sie nicht, weil sie schon seit Jahren Deutschland systematisch verrät — Hitler, Mussolini, Tiro —, sozialistisch ist sie nicht, weil sie, nach Dr. Feder's eigenem Geständnis im Reichstag, nicht die geringsten sozialistischen Tendenzen hat und haben darf wegen der zahlreichen Bindungen mit dem Kapital, selbst mit dem jüdischen Kapital —, eine Arbeiterpartei ist sie nicht, weil kein einziger Arbeiter in einer führenden Stellung der Nazi-Partei ist, weil es zu den Zielen dieser Partei gehört, alle Rechte und Errungenschaften der Arbeiterschaft zu zerschlagen, die Arbeiterklasse wieder recht- und wehrlos zu machen und den Prinzen, Fürsten, Generalen, den Industrie- und Finanzkapitänen wieder ein „frommes, untertäniges Volk und zufriedene Arbeiter zu verschaffen.“

Aber die Eignung der Nationalsozialisten zur Wirtschaftsführung zu reden, heißt eigentlich Eulen nach Athen tragen. Der Wirtschaftsfachverständige ihrer Partei, der unglückliche Vater ihres Wirtschaftsprogramms, Herr Dr. Feder, hat in dem Rundfunkvortrag mit dem sozialistischen Professor Dr. Nolling seinen blutigen Dilettantismus in volkswirtschaftlichen Dingen so schlagend bewiesen, daß man auf eine Partei, deren Wirtschaftsfachverständige auf einer solchen geistigen Höhe stehen, wie Dr. Feder, nur die schönsten Hoffnungen setzen kann, wenn sie einmal die Führung der Wirtschaft in die Hände bekäme. Aber wir brauchen dieses höchst gefährliche Experiment nicht einmal zu machen. Es gibt schon jetzt genug augenscheinliche Beweise dafür, wie Staat und Wirtschaft in Hitlers drittem Reich aussehen werden.

Da ist Thüringen, in dem Dr. Frick regiert. Es war ein zufriedenes kleines Ländchen, dessen Etat recht günstig stand. Heute statt eines Überschusses eine für das kleine Land tiefe Schuldenlast, statt des günstigen Etats ein ungeheures Defizit, alles während der kurzen Regierung der Nationalsozialisten, der Jünger des dritten Reichs. Das ist immerhin schon ein Ergebnis, mit dem Frick zufrieden sein kann, wie er auch mit seinen 28 800 Mk. Jahreseinkommen zufrieden sein kann.

Und in Italien, wo der Faschismus oder Nationalsozialismus, das ist ja ganz dasselbe, unumschränkt herrscht? In Italien, wo der Duce und ehemalige Anführer, der Vetter des Königs und ehemalige Sozialist Mussolini regiert, dem die Stahlhelmer, geistesverwandt mit den Nationalsozialisten, eine Halbierung bereiten? Müßte da nicht alles in bester Butter sein? Ach nein, das ist es nicht! Auch in Italien sind die „herrlichen Zeiten“ ausgeblieben. Dafür nur einige Zahlen: Die Zahl der Konkurse steigt mit bedrückender Schnelligkeit. Allein in Mailand wurden im Jahre 1930 2542 Konkurse gezählt, gegen 1927 im Vorjahre. Und wie in Mailand, so ist es in allen anderen Städten. Die Außenhandelsbilanz Italiens ist verarmt für das Jahr 1930 mit 5 232 000 Lire passiv, während Deutschlands Ausfuhr die Einfuhr um 1,8 Milliarden Mark übersteigt. Im Herbst 1930 mußte es sogar Mussolini öffentlich zugeben, daß sich die Lage merklich verschlechtert hat. Es ist tatsächlich die schärfste Krise, die wir erlebt haben.

Die Arbeiterschaft leidet unter der faschistischen Diktatur in Italien naturgemäß am allermeisten. Ganz abgesehen von steigender Arbeitslosigkeit — am 30. November 1930 gab es in Italien nach „offizieller“ Zählung etwa 240 000 registrierte Arbeitslose, von denen nur die Hälfte unterstellt wurde —, muß die Arbeiterschaft den schärfsten Druck, die schwerste und härteste Tyrannei über sich ergehen lassen. Jam Abbau der Löhne genügt eine Anordnung des zuständigen Ministers, um in ganz Italien eine Lohnsenkung um 8-25 Prozent einzuführen zu lassen, die sich die Arbeiterschaft zähneknirschend gefallen lassen muß. Als die Faschisten zur Macht gelangt waren, setzten sie sofort die Löhne um 20 Prozent herab. Und jetzt wieder eine Lohnsenkung um 8-25 Prozent auf ministerielle Anordnung.

Von den Tausenden von hingerichteten Arbeitern, von den zerstörten Gewerkschaften und den aufgehobenen sonstigen Einrichtungen und Errungenschaften der Arbeiterschaft sagen die Faschisten nichts in ihren Berichten, sagen auch unsere Nazis nichts, wenn sie ihre Lobgesänge auf ihr Vorbild Mussolini anstimmen. Aber unsere deutschen Arbeiter und

Arbeiterinnen sollen es wissen, wie es in dem faschistisch regierten Italien, dem Paradies der Nazis, aussieht, und was die deutsche Arbeiterschaft zu erwarten hat, wenn sie nicht bald den nationalsozialistischen Angriffen entschlossen und risikofrei entgegentritt, wenn sie nicht mit allen Kräften ihre sozialistischen Organisationen ausbaut und unüberwindlich stark macht. „In ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ Das gilt auch für die Nationalsozialisten. Ein Blick auf Thüringen, auf Italien, ein Blick in die Tageszeitungen genügt, um die Früchte zu sehen, die faschistische Propaganda und faschistische Diktatur zeitigen. Und ein Baum, der solche Früchte trägt, ist wert, daß er abgehauen und ins Feuer geworfen wird“, aber bald, ehe ein unabsehbares Unglück über Deutschland und über die deutsche Arbeiterschaft kommt.

Kein RGO.-Anhänger

kann in den Betriebsvertretungen die Interessen der Arbeiterschaft wahrnehmen. Ihm fehlt die für einen Betriebsrat unbedingt notwendige Rückenbedeckung durch eine starke, machtvolle Arbeiterorganisation, denn die RGO. ist nicht imstande, ihre überspannten Forderungen durchzusetzen. Sie kann es nicht, weil eben die allermeisten ihrer Forderungen überradikal und wirklichkeitsfremd sind, und weil ihr Einfluß gleich Null ist.

Aber auch kein Nazi

und kein Stahlhelmer, kein aber und kein Wirtschaftsfriedlicher ist dazu geeignet, als Funktionär der Arbeiterschaft im Betriebsrat zu wirken. Sie würden dort den Verrat nur fortsetzen, den sie im politischen Leben schon unaufhörlich an der Arbeiterschaft begehen. Als Beauftragte und als gekaufte Kreaturen der Reaktion und des Unternehmertums müssen sie immer und überall versuchen, die Arbeiter und Arbeiterinnen der politischen und wirtschaftlichen Sklaverei zu unterwerfen. Kein Arbeiter kann von diesen Leuten irgendeine ehrliche Vertretung seiner Interessen erwarten, darum darf er

in die Betriebsräte

nur solche Klassen- und Arbeitsgenossen wählen, die im täglichen praktischen Klassenkampf erprobt sind und ihren Willen und ihre Fähigkeiten, zum Besten der Arbeiterschaft zu wirken, bewiesen haben. Das sind die rechten Leute, die du in deine Betriebsvertretung schicken sollst, und ihre Namen stehen auf der Vorschlagsliste deiner Organisation.

Das Arbeitsjahr 1930 in Großbritannien.

Mit Ausnahme Frankreichs litten im eben- abgetauenen Jahre alle bedeutenden Industriestaaten unter einer schweren Wirtschaftskrise, und es scheint, daß deren Tiefpunkt noch immer nicht erreicht ist. Betriebsstilllegungen und -einschränkungen erfolgten in einem noch nie dagewesenen Umfange, und die Heere der Arbeitslosen wuchsen fortwährend an. In Europa weist Deutschland absolut die höchste Zahl Arbeitsloser auf, im Verhältnis zur lohnarbeitenden Bevölkerung aber ist die Arbeitslosigkeit in Großbritannien noch ausgedehnter.

Die Gesamtzahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen in Großbritannien (ohne Nordirland) gemeldeten Personen stieg unterbrochen von 1 534 000 am letzten Montag des Januar 1930 auf 2 162 000 am letzten Montag des September und auf 2 043 000 am letzten Montag des Dezember. Die Vollarbeitslosen, die sonst gewöhnlich auf ständigen Arbeitsposten beschäftigt sind, nahmen von 1 076 000 Ende Januar auf 1 766 000 Ende Dezember zu.

Die öffentlichen Arbeitsnachweise haben im Wochendurchschnitt etwa 30 000 bis 40 000 Stellenvermittlungsfälle ausgeführt; die größte Zahl der Stellenvermittlungsfälle (39 613 im Wochendurchschnitt) weist der Januar auf, die geringste Zahl (30 013) der Juli.

Von den gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen, deren Zahl im Juli 1930 12 495 700 betrug (einschließlich Nordirland), waren Ende Januar 1 520 400, Ende Juni 1 911 700 und Ende Dezember 2 499 800 arbeitslos.

In der chemischen Industrie waren in Großbritannien und Nordirland Mitte 1930 217 910 Personen gegen Arbeitslosigkeit versichert, verglichen mit 218 360 Mitte 1929. In der Papiererzeugung stieg die Zahl der Versicherten von 55 280 1929 auf 56 060 1930, in der Gummiindustrie ergab sich eine Zunahme von 65 310 auf 67 470, in der Eisenindustrie von 13 780 auf 13 850, und in der Spielwarenindustrie von 12 560 auf 13 890. Soweit eine Zunahme der versicherten Personen eintrat, bedeutete sie aber nicht auch eine Zunahme der tatsächlich beschäftigten Arbeitnehmer, denn sie wurde durch die gegenüber dem Vorjahre gesteigerte Arbeitslosigkeit mehr als ausgeglichen. In der chemischen Industrie waren Ende Dezember 1929 13 776 versicherte Personen arbeitslos, Ende Dezember 1930 hingegen 30 159. In der Papiererzeugung nahm im gleichen Zeitraum die Zahl der Arbeitslosen von 2400 auf 7739 zu, in der Gummiindustrie von 6661 auf 12 774, in der Eisenindustrie von 790 auf 2460, in der Spielwarenindustrie von 733 auf 1914.

Die folgenden Zahlen veranschaulichen den Umfang der Arbeitslosigkeit am Ende eines jeden Quartals der Jahre 1929 und 1930:

	Arbeitslos waren von 100 der Versicherten		
	März	Juni	
1929	1930	1929	1930

Chemische Industrie:	März		Juni		September		Dezember	
	1929	1930	1929	1930	1929	1930	1929	1930
Chemikalien	6.1	9.3	6.4	11.5	6.6	15.9	6.9	19.7
Eptenglas	3.7	7.9	3.6	8.8	5.1	11.2	5.0	13.1
Farben	4.7	6.0	4.1	6.0	4.5	7.6	4.5	8.7
Öle, Fette usw.	5.8	9.0	7.6	10.1	6.7	9.5	6.8	9.8
Papierherstellung	4.0	7.1	4.2	9.2	4.8	10.1	4.3	13.8
Eisenindustrie	7.5	12.8	7.0	13.6	7.9	16.8	10.2	18.9
Eisenwarenindustrie usw.	4.6	8.7	5.0	11.9	4.9	12.7	5.7	17.8
Spielwarenindustrie	6.2	8.1	5.2	9.2	5.7	11.3	5.8	13.8

In die Berechnung einbezogen sind sowohl Vollarbeiter wie auch solche Arbeiter, die zwar nicht entlassen, aber wegen vorübergehender Betriebseinstellung ohne Erwerb waren, ebenso Kurzarbeiter, deren Arbeitslosenbücher bei den Arbeitsnachweisen hinterlegt waren und die beim Zustreffen der sonstigen Voraussetzungen auf Arbeitslosenunterstützung Anspruch hatten.

Auch 1930 übermogen die Lohnsenkungen erheblich die Lohnentwöhnungen. In allen Wirtschaftszweigen waren an kollektiven Lohnsenkungen 760 000 Arbeiter beteiligt, an Lohnkürzungen dagegen 1 096 000. In der chemischen Industrie, der Kett- und Glasindustrie zusammengekommen war das Ergebnis der kollektiven Lohnbewegungen 1929 und 1930 wie folgt:

	Befüllte Arbeiter	
	Lohnkürzungen	Lohnkürzungen
1929	9500	500
1930	700	2650

Im Gegensatz zu Deutschland bewegten sich Preise und Löhne in Großbritannien schon lange in absteigender Richtung. Die Indizes der Großhandelspreise und die Indizes der Kosten der Lebenshaltung entwickelten sich seit 1924 wie folgt:

	Großhandelspreise		Lebenshaltungskosten	
	1924	1930	1924	1930
1924	100	100	100	100
1925	96	96	100	100
1926	89	89	99	99
1927	85	85	98	98
1928	84	84	95	95
1929	82	82	94	94
1930 (Januar-September)	74	74	90	90

Diese Zahlen bestätigen, was auch in anderen Ländern beobachtet wurde, nämlich, daß die Einzelhandelspreise nur zögernd und nicht in vollem Maße der Senkung der Großhandelspreise folgen.

Ein Streiks und Ausperrungen waren 1930 insgesamt 308 000 Arbeiter beteiligt (gegen 533 000 1929), die einen Verlust von 4 400 000 Arbeitstagen erlitten (gegen 8 290 000 1929). Von noch geringerem Umfang als im letzten Jahre waren die Arbeitskämpfe 1927 und 1928. In der chemischen Industrie kamen 1930 nur drei Streiks mit 400 beteiligten Arbeitern und einem Verlust von 3000 Arbeitstagen vor.

Auf dem 62. Jahreskongress der Gewerkschaften, der im September 1930 stattfand, waren 169 Organisationen mit 2 744 320 Mitgliedern vertreten, wogegen auf dem Kongress von 1929 162 Organisationen mit 2 873 144 Mitgliedern vertreten waren. Alle überhaupt bestehenden Arbeitnehmergewerkschaften hatten Ende 1929 4 833 000 Mitglieder. S. S.

Frauenfragen.

Frauenkongress in Höchst am Main.

Die Funktionärinnen der Zahlstelle Höchst a. M. kamen am 18. Januar zu einer Konferenz in Höchst zusammen. 38 Kolleginnen nahmen an dieser Tagung teil. Außerdem waren anwesend Kollege Nida als Geschäftsführer der Zahlstelle sowie die beiden Betriebsratsvorsitzenden der Fabwerke Höchst und der Kunstseidenfabrik Kelsbacher. Kollegin Jammert vom Hauptvorstand war als Referentin erschienen.

Beide Themen: „Die Lage der Arbeiterin in der heutigen Wirtschaft“ und „Der gesetzliche Arbeiterschutzes und die Möglichkeit seiner Verbesserung“ wurden in Form von Arbeitsgemeinschaften behandelt. Mit großem Interesse und mit innerer Anteilnahme beteiligten sich die Kolleginnen an der Aussprache. Manche Mängel wurden aufgezeigt und einige berechtigte Forderungen von den anwesenden Betriebsratskollegen mit beweiskräftigem Material unterstüßt. Die Kolleginnen versprochen, mehr als bisher die so notwendige Aufklärung unter den Arbeitsschwester zu betreiben, damit durch mehr Solidarität und Eifer im Betriebe selbst die Beseitigung der bestehenden Mängel erreicht wird.

Dann wurde die Agitationsfrage eingehend behandelt. In die neuzubildende Gau-Agitationskommission des Gau 13 wurden die Kolleginnen Fickelcherer und Dora Berner gewählt. Es wurde noch eine Agitationskommission für die Zahlstelle gebildet, der sieben Kolleginnen aus den verschiedenen Betrieben und Industrien angehören.

Am Schluß der Tagung betonte Kollege Nida, daß uns die Zusammenkunft auf dem Gebiete der Frauenschulung und Frauenwerbung wieder ein Stück vorwärts gebracht habe. Er forderte die Kolleginnen auf, sich auch an den Bildungskursen und sonstigen Veranstaltungen der Zahlstelle und des Ortskartells reger als bisher zu beteiligen. Im allgemeinen herrschte die Auffassung, daß solche Frauenkonferenzen mit Behandlung der einschlägigen Vortragsgebiete dringend notwendig sind.

Jugendbewegung.

Mehr gewerkschaftliche Bildungsarbeit für die Jugendlichen!

Heute ist die proletarische Jugend freier und unabhängiger als vor dem Kriege. Sie hat ein viel größeres Mitbestimmungsrecht. Das kann den Gewerkschaften und Parteien der sozialistischen Arbeiterschaft jedoch zum Nachteil werden, wenn es mißachtet wird. Und das tritt dann ein, wenn die Jugend ihre Klassenpflichten vergißt.

Eine der besonders wichtigen Pflichten ist die geistige Bildung im sozialistischen Sinne. Sie ist deswegen besonders notwendig, weil an die kommende Generation, also an die heutige Jugend, noch viel schwerere Kämpfe herantreten, als sie die bisherigen Generationen zu bestehen hatten. Man sieht heute in unserer ersten Zeit leider sehr oft, daß die geistigen Pflichten von unserer Jugend vernachlässigt werden, z. B. dann, wenn man „nur“ Sport treibt und dabei vergißt, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Es ist notwendig, daß von der Jugend gewerkschaftliche Bildungs- und Agitationsarbeit aller anderen Betätigung vorgezogen wird. Nur starke Gewerkschaften schaffen für die Arbeiterklasse eine gute wirtschaftliche Grundlage, und die Erreichung aller unserer sozialen Ziele hängt von der guten wirtschaftlichen Grundlage der Arbeiterschaft ab.

Ein weiteres Hemmnis für die Aufklärungs- und Erziehungsarbeit der Arbeiterjugend ist die Überorganisation in der gesamten Arbeiterklasse überhaupt. Gewiß, unsere verschiedenen Gewerkschaftsverbände, Partei, Freidenker, Turner, Sportler, Reichsbanner, Wanderer, Sänger usw., ihre Jugendgruppen und Sparten sind notwendige Kulturorganisationen des Proletariats. Wenn man aber immer und immer wieder sieht, wie auseinander-, anstatt zusammengearbeitet wird, dann taucht die Frage auf: „Leiden wir nicht an Überorganisation?“ Oft ist in vielen Orten, vor allem in den kleineren, die Konkurrenz (Heranziehung der Mitglieder) unter unseren Organisationen in der Arbeiterklasse so groß und so stark, daß dieser Umstand für alle schädlich wirkt. Diesem Übel müßte abgeholfen werden. Wir können unsere Jugend nicht zu wirklichen sozialistischen Kämpfern erziehen, wenn z. B. die Turner, das Reichsbanner oder die Sportler ihr Hauptgewicht nur auf die körperliche Erziehung der Jugend legen. Daß das verkehrt ist und die geistige Bildung vorgehen muß, sieht man z. B. daran, daß sehr oft Jugendliche aus Arbeitersportverbänden überlaufen zur bürgerlichen

Sportbewegung. Sie wissen immer noch nicht, wofür sie gebären. Ihnen fehlt eben das Selbstbewusstsein, daß sie zur Arbeiterklasse gehören, und vor allem die sozialistische, geistige Erziehung.

Daß die Romantik auch bis zu einem gewissen Grade in unseren Organisationen gepflegt werden muß und damit der Jugend erhalten bleibt, ist eine Selbstverständlichkeit; denn dadurch gewinnen wir ja oft die Jugend erst. Es wird oft behauptet, und das stimmt ja auch zum Teil, daß die Jugend sich gar nicht geistig bilden will. Ja, wenn das Interesse eben nicht vorhanden ist, dann muß es geweckt werden. Vielleicht hätten wir diese „Krise“ leichter überwunden, wenn wir mehr Funktionäre zur Verfügung hätten, die sich besonders der Jugendbildung widmen könnten, wie z. B. die bürgerlichen Jugendbewegungen und vor allem die Kirche (Pfarrer, Lehrer). Wir können uns aber helfen, wenn alle Organisationsmitglieder der sozialistischen Arbeiterschaft unbedingt mehr zusammenarbeiten würden als bisher. Ich denke da besonders an die Gründung von Kulturkartellen. Die Veranstaltungen der daraus beteiligten Organisationen müßten so auf Lage und Wochen festgesetzt werden, so daß möglichst nur eine Veranstaltung eines Vereins stattfindet, und nicht, daß drei Vereine an ein und demselben Tage etwas veranstalten. Vor einer Überspannung der Jugend muß gewarnt werden. Was müssen die vielen Vorträge, Kurse, Arbeitsgemeinschaften usw., wenn man das Gebotene nicht verarbeiten kann? Jeder einzelne muß auch so viel Zeit haben, um sich einmal hinsetzen zu können und das zu verarbeiten und zu vervollkommen, was er gehört, gesehen und in Büchern und Zeitungen gelesen hat. Wird das nicht gemacht, so ist es auch zu verstehen, wenn Jugendliche, die oft auch noch am Tage mehr als acht Stunden arbeiten, am Abend einem Vortrag kein Interesse entgegenbringen.

Die freien Gewerkschaften wollen der Jugend mehr Freiheit erkämpfen, damit Vorträge, Diskussionen, wissenschaftliche, sozialistische Literatur, Wandern, Schwimmen, Turnen, Sport und Spiel immer mehr Eingang in die Arbeiterjugend finden können. Die wirtschaftliche Stellung der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft soll gleichgestellt werden mit der des Bürgertums. Wir erreichen das durch die Stärkung der freien Gewerkschaften. Aus diesem Grunde müssen auch wir im Fabrikarbeiterverband einen Nachwuchs heranzubilden, der später einmal auf den leer gewordenen Plätzen der alten Funktionäre steht und kämpft. Deswegen bilden wir unsere Jugendgruppen. Wir wollen keinen neuen „Laden“ aufmachen. Nein, wir wollen nur mehr gewerkschaftliche Bildungsarbeit mit der Jugend betreiben als bisher. Wir haben eine Jugend, die früh schon Hunger, Elend, Verzweiflung, Arbeitslosigkeit, Streiks und Krieg erlebt hat. Sie ist bereit zu kämpfen für eine bessere Welt. Damit sie nicht von radikalen, unverantwortlichen Elementen mißbraucht wird, macht sich eine Zusammenarbeit aller sozialistischen Organisationen notwendig. Durch diese Zusammenarbeit wird auch ein „einheitliches“ Erziehungsprogramm für die Jugend geschaffen werden, das uns sozialistische Kämpfer heranzubildet, die wir ja so notwendig brauchen. F. F. K.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Die Arbeitslosenversicherung ein unentbehrliches Gut der Kultur.

Die Arbeitslosenversicherung, die nach dem Urteil vieler „Wirtschaftler“ fast ausschließlich an unserem wirtschaftlichen Elend schuld ist, scheint in den letzten Wochen wieder Angriffsobjekt der „Reformer“ zu sein, die mit einem Abbau der Versicherung auf einen Schlag das schlimmste Übel beseitigen und ein Aufblühen der Wirtschaft erreichen wollen. Aber nicht überall denkt man so. Der Sozialminister Dänemarks äußerte sich über die Arbeitslosenversicherung wie folgt:

„In aller Kürze will ich bemerken, daß ich die Arbeitslosenversicherung für ein ungeheures Gut ansehe, ja beinahe als unentbehrliches Gut für den einzelnen Arbeiter in einem Kulturland betrachte, wo der Arbeitslohn über dem Existenzminimum liegt. Man darf jedoch nicht glauben, daß die Arbeitslosenunterstützung nur auf diese Weise durch den Hinweis auf den einzelnen Arbeiter motiviert werden kann; sie läßt sich ebenso gut durch ihre nützlichen Wirkungen auf die Wirtschaft des Landes überhaupt begründen. Es ist nämlich für diese von der größten Bedeutung, daß die Produktion, wenn sie nach den Depressionsperioden und den Arbeitslosigkeitsperioden wieder erwacht, dann einen Stab von Arbeitern vorfindet, der imstande ist, mit möglichst großer Leistungsfähigkeit von neuem in den Produktionsprozess einzutreten. Diese Möglichkeit wird nur durch eine Entschärfung in irgendeiner Form für die Arbeitslosen geschaffen. Ohne Hilfe würde die Depression die Arbeiter in die tieferen Fächer hinüberzwingen und den Lohn dort drücken, aber die Arbeiter würden verjüngt und proletarisiert werden. Jede Krise würde dann einen Verlust der Gesellschaft bedeuten, was die Effektivität der Arbeiter und das in ihrer Ausbildung angelegte Kapital betrifft. Wir würden das Menschenmaterial zerstören, das die notwendige Voraussetzung der Produktion ist und ihr Ziel sein müßte.“

Wirtschaftliches.

Der Deutsche Außenhandel im Jahre 1930.

Das Jahresergebnis des deutschen Außenhandels für 1930 erscheint überraschend günstig. Trotz der Wirtschaftskrise ist ein gewaltiger Ausfuhrüberschuß zu verzeichnen. Die Ergebnisse zeigen mit großer Deutlichkeit, daß das Verbot von den exportdrohenden hohen deutschen Löhnen nicht im geringsten der Wahrheit entspricht. Daß die deutsche Industrie sich einen solchen Platz auf dem Weltmarkt erobern und ihn behaupten konnte, beweist vielmehr das Gegenteil, nämlich daß die niedrigen deutschen Löhne eher günstig auf die Ausfuhr eingewirkt haben.

Allerdings weisen sowohl Einfuhr wie Ausfuhr einen starken Rückgang gegenüber dem Jahre 1929 auf. Die Einfuhr ging von 13,4 Milliarden Mark im Jahre 1929 auf 10,4 Milliarden Mark für 1930 zurück, also um rund drei Milliarden; nach dem Wert gerechnet ein Rückgang um etwa 25 Prozent. Die Einfuhrmenge ging aber nur um etwa

10 Prozent zurück. Der Unterschied zwischen Wert und Menge ist eine Folge der vielfachen Preisenkünge auf dem Weltmarkt. Die Gesamtausfuhr erlitt einen Rückgang um 11 Prozent, von 13,5 Milliarden Mark für das Jahr 1929 auf rund 12 Milliarden im Jahr 1930. Mengenmäßig betrachtet beträgt der Rückgang der Ausfuhr aber nur fünf Prozent. Der Unterschied zwischen dem Ausfuhrüberschuß 1929 und dem des Jahres 1930 ist ganz gewaltig: Für 1929 ein Ausfuhrüberschuß von wertmäßig 3,6 Milliarden Mark, für 1930 aber ein Überwiegen der Ausfuhr über die Einfuhr um etwa 1,8 Milliarden Mark, wenn man die Reparationszahlungen mit einrechnet und ferner berücksichtigt, daß der Einfuhrwert um etwa 200 Millionen zu hoch angegeben wurde, weil die Angabe der Lagerbestände und die statistischen Erhebungen nicht in die gleiche Zeit fielen.

Streikparolen für - - - andere!

So ist es geschehen bei der kommunistischen „Hilfsaktion“ für die Bergarbeiter, die in dem großen Abwehrkampf gegen die Lohnabbauforderungen der Unternehmer standen. Die KPD wollte diese Gelegenheit nicht ungenutzt lassen, den Generalstreik und die Weltrevolution in die Wege zu leiten und forderte darum zum Streik auf. Die kommunistischen Funktionäre aber blieben in der sicheren „Schlange“, wie folgender Bericht zeigt:

„Auf vielen Zechen forderten zwar die kommunistischen Betriebsratsmitglieder die Belegschaft zum Sympathiestreik auf, sie selbst aber begaben sich an die Arbeit, so auf den Zechen Konordia, Diergardt, Lothringen, Hattlingen, Prosper 3, Viktoria usw. Der KPD-Funktionär Knipprad auf der Zeche „Langenbrahm“ erklärte auf Vorhaltungen, warum er die Streikparole der KPD nicht befolge:

„Dann wäre ich ja ein Idiot!“

Das Eingeständnis ist sehr wichtig, aber ganz unberechtigt ist es nicht. Und es muß schon weit in der KPD gekommen sein, daß die KPD-Taktik von den eigenen Funktionären als idiotisch bezeichnet wird.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Kommunistische Pleiten.

Der kommunistische Konsumverein in Halle hat Pleite gemacht. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung nahm die kommunistische Partei zu diesem betrieblichen Ereignis Stellung. Referent war der kommunistische Reichstagsabgeordnete Koenen, der u. a. erklärte:

„Wir erleben in Halle eine Niederlage, eine Schlappe nach der anderen.“

trotz der günstigen politischen Situation für uns. Die größte Niederlage war der Metallarbeiterstreik in Halle, wo die KPD den maßgebendsten Einfluß noch besaß. Es hätte ein leichtes sein müssen, daß die KPD die Führung übernommen hätte, wenn nicht die Haleschen Kommunisten vor lauter Wonn und Über Angst hätten. Aberhaupt ist die ganze KPD-Bewegung in Halle eine große Pleite und unter den Leuna-Arbeitern direkt katastrophal.

Ich traue mich gar nicht zu sagen, wie groß unser Einfluß ist. Er ist nämlich Null Komma nichts. Und erst die Pleite bei den Gewerkschaften, in der Arbeiterfängerbewegung, bei den Sportlern und jetzt beim Konsumverein. Überall geht es rückwärts. Und wir haben uns doch die Liquidierung des Masseneinflusses der SPD zum Ziele gesetzt. Sehen wir uns doch die Unorganisierten an, die vor einem Jahr noch gelb waren. Sie sind jetzt meist bessere Kämpfer als die meisten Haleschen Kommunisten. Ihr seid überhaupt keine Kommunisten mehr.“

Koenen muß seine Leute ja kennen. Sein Eingeständnis der vielen Niederlagen und Schlappen war aber die unausbleibliche Folge der unsinnigen Politik und der gewerkschaftlichen Unfähigkeit der KPD-Leitung. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden dafür sorgen, daß die KPD-Bewegung nicht nur in Halle, sondern auch in allen anderen Städten eine Pleite erlebt. Die „Liquidierung des Masseneinflusses der SPD“ und der freien Gewerkschaften wird der KPD ebenso glänzend vorbeigelingen wie alle ihre anderen großangelegten Aktionen. Das ist gar nicht anders möglich, denn schließlich sieht auch der einfältigste Arbeiter ein, daß KPD und KPD nicht im geringsten nützen, wohl aber der deutschen Arbeiterbewegung Schaden in ihrem Kampfe um Lohn und Brot. Ein Beispiel für den unausfallsam sinkenden Einfluß der KPD unter der Haleschen Arbeiterschaft war das vollkommene Mißlingen einer kommunistischen Versammlung, zu der die KPD-Leitung Halle etwa 5000 in Halle wohnende Leunaarbeiter brieflich eingeladen hatte. Von diesen 5000 eingeladenen Arbeitern war, wie ein Diskussionsredner in der Koenen-Versammlung berichtete, ein einziger erschienen.

Selbstverständlich toben die KPD-Führer jetzt über den neuesten Verrat der „Sozialfaschisten“, die die Pleite des „roten“ Konsumvereins Halle verschuldet haben, weil sie den Kommunisten, von denen sie tagtäglich beleidigt wurden und die mit allen Mitteln die Organisationen und Einrichtungen der sozialistischen Arbeiterschaft zu schädigen und zu zertrümmern versuchten, kein Geld leihen wollten. Aber ist es nicht ein unbilliges Verlangen, seine Feinde finanzieren zu sollen?

Der kommunistische Kampftag gegen die Arbeitslosigkeit.

Die kommunistischen Parteien Europas beschloßen, am 25. Februar einen revolutionären Kampftag gegen die Arbeitslosigkeit abzuhalten. In allen Ländern soll die Arbeiterschaft auf die Straße gehen, gegen die Arbeitslosigkeit

demonstrieren und in diesen Kundgebungen gegen die Hungeroffensive der Bourgeoisie als Mindestforderungen stellen:

1. Sofortige Zahlung einer einmaligen Winterbeihilfe in Geld an jeden Erwerbslosen in einem Betrag, der jedem mindestens für zwei Monate das Existenzminimum sicherstellt. Die erforderlichen Mittel zu diesem Zweck sind dem Militärbudget und anderen sozialschädlichen Ausgabenposten der Staaten zu entnehmen.
2. Eine den notwendigen Lebensbedürfnissen der Arbeiter wirklich entsprechende Erwerbslosenversicherung, ausschließlich auf Kosten der Unternehmer und des Staates. In denjenigen Ländern, wo es ein System der Erwerbslosenunterstützung gibt, Verbesserung dieses Systems und Erhöhung der Unterstützungsbeträge. Entschlossener Kampf gegen jede Politik des Abbaues der Sozialausgaben — für progressive Besteuerung der Großkapitalisten und Großagrarier.
3. Befreiung der Erwerbslosen von der Zahlung der Wohnungsmiete, der Steuern und der Abgaben für notwendige kommunale Dienste, solange sie nicht durch ausreichende Sozialversorgung sichergestellt sind. Verbot der Ermittlung der Erwerbslosen.
4. Siebenstündigen-Arbeitstag mit vollem Lohnausgleich, jedoch Stunden in gesundheitsgefährlichen Betrieben und für alle Jugendlichen. Unnachgiebiger Kampf gegen Lohnabbau, für Erhöhung der Löhne. (Konkrete Lohnforderungen, beschlossen durch Arbeiterkonferenzen in den einzelnen Industriezweigen.) Verbot der Massenentlassungen.

Selbstverständlich sind sich auch die Parteileitungen der Kommunisten darüber klar, daß es vollkommen unmöglich ist auch nur eine dieser Forderungen auf friedlichem Wege durchzuführen. Aber vielleicht ist das gerade die Absicht, die Verzweiflung der hungernden Arbeitslosen zur Explosion zu bringen, um in dem dann entstehenden allgemeinen Chaos das kommunistische Parteipöbel zu hochen zu können. Es ist allerdings ein Verbrechen, die Arbeiterschaft in vollständige aussichtslose Kämpfe zu hegen. Was kümmert das aber die „Zentrale“? Zur Erreichung ihrer Parteiziele ist ihr jedes Mittel recht, auch wenn es die Arbeiterschaft durch ein Meer von Blut und Tränen führt. Wir warnen unsere Kollegen und Kolleginnen vor der Teilnahme an diesen Demonstrationen. Solche Veranstaltungen können die Wirtschaftslage und damit die Lage der Arbeiterschaft nicht bessern, und die Opfer sind zwecklos gebracht.

Berichte aus den Zahlstellen.

Delmenhorst. Am 18. Januar 1931 fand unsere Generalversammlung statt. Der Geschäftsführer, Kollege Benckus gab den Jahresbericht. Die allgemeine Wirtschaftskrise hat auch unseren Ort nicht unberührt gelassen. Zu Anfang dieses Jahres wurde das Margarinerwerk Heppenkamp stillgelegt, wodurch 68 Leuten arbeitslos wurden. Mitte des Jahres wurde das Cinolem-Werk „Hansa“ stillgelegt, und auch hier wurde ein großer Teil unserer Verbandskollegen arbeitslos. Auch in anderen Industriezweigen, die zum Bereich des Fabrikarbeiterverbandes gehören, sind wesentliche Einschränkungen und Kurzarbeit vorgenommen worden, so daß wir am Schlusse des Jahres 417 arbeitslose Kollegen zu verzeichnen hatten. Der Verband hat für diese arbeitslosen Kollegen im Laufe des Jahres die Summe von 27 970,75 Mk. ausgeben. Außerdem haben wir zu Weihnachten aus der Lokalkasse für die arbeitslosen Kollegen eine Summe von 6026,80 Mk. verwendet. Zu Anfang des Berichtsjahres zählten wir insgesamt 1316 und am Schlusse 1342 Mitglieder, davon 1092 Vollbeiträge und 250 Erwerbslosbeiträge zahlende Mitglieder. Die Gesamteinnahme für die Lokalkasse betrug 76 036,46 Mk. Die Jahresausgabe betrug 71 113,98 Mk. Aus den angegebenen Zahlen ist zu ersehen, daß fast die ganze Einnahme am Orte wieder verausgabt worden ist. Der Bestand der Lokalkasse vom Vorjahre betrug 23 431,51 Mk. Die Einnahme für die Lokalkasse im Berichtsjahre war 28 711,14 Mk., somit ein Gesamtbestand von 52 142,65 Mk. Die Ausgaben betrugen 27 341,66 Mk., danach bleibt ein Bestand am Schlusse des Jahres von 24 800,99 Mk. Kollege Benckus berichtete, daß wir im Laufe des Jahres 38 Invaliden hatten und für diese die Summe von 3777,35 Mk. verausgabt worden ist. Es haben jetzt schon wieder 14 Invaliden den Antrag auf Invalidenunterstützung gestellt. Bei der schlechten Wirtschaftslage war es nicht möglich, Angriffs-Lohnkämpfe zu führen. Bis jetzt ist es uns auch gelungen, die bisherige Löhne zu halten, mit Ausnahme in der Siegelindustrie, wo die Arbeitgeber den Lohn diktatorisch abgebaut haben. Am Schlusse fordert Kollege Benckus die anwesenden Kollegen auf, im nächsten Jahr tatkräftig mitzuwirken, um den Verband stark und widerstandsfähig zu machen. Die Ortsverwaltung wurde wiedergewählt.

Quisburg. Auf dem Schlachtfeld der Arbeit, als Opfer der Rationalisierung, fiel unser Kollege Frisch, einer der besten Kollegen der Zahlstelle Quisburg, ein überzeugter, pflichtbewusster Gewerkschafter, der sein ganzes Können und Wollen im Dienste der Arbeiterbewegung einsetzte. Sein Andenken wird uns stets unvergänglich bleiben. In seiner Urne geloben wir, der großen Idee, der er bis zum letzten Atemzuge mit heißem Herzen diente, unsere ganze Kraft zu widmen, um durch den schließlichen Sieg auch seine geleistete Arbeit zu krönen.

Sirchberg im Riesengebirge. Generalversammlung Die Bezirkszahlstelle Sirchberg-Kauffung hatte zu ihrer Generalversammlung am Sonntag, dem 18. Januar, Kollege Renninge (Charlottenburg) für ein wirtschaftspolitisches Referat gewonnen. Die Ausführungen des Redners, die eine klare Antwort auf die Fragen „Wie sieht es mit der deutschen Wirtschaft?“, „Warum ist es so gekommen?“, „Welche Möglichkeiten für eine Besserung der Verhältnisse sind gegeben?“ gab, fanden im Mittelpunkt der Veranstaltung, die einen außerordentlich wirkungsvollen Verlauf nahm. Mit einem vorzüglichen Material überzogene der Redner die Mitglieder davon, daß mit Phrasen und Schlagworten ebenso wenig der Wirtschaft anzurichten ist wie mit Gewaltmitteln. Eine außerordentlich rege Aussprache zeigte, daß der größte Teil der Delegierten die Meinung des Kollegen Renninge und damit des Hauptvorstandes für richtig hielt. Der Geschäftsbericht, der den Gesamtjahresergebnissen vervollständigt einige Tage vor der Generalversammlung zugegangen war, wurde recht wenig besprochen, nur einige besondere Punkte gelangten zu einer Erörterung. Auch die Wahl der Ortsverwaltung war in wenigen Minuten durch einstimmige Beschlüsse abgewickelt. Die Generalversammlung hat gezeigt, daß der Kern unserer Mitgliedschaft durchaus gesund ist und daß unsere Funktionäre in Betrieb- und Ortsgruppen keineswegs gewillt sind, den Phrasen von rechts und links nachzulaufen. Das selbe Ergebnis zeigte eine Anzahl von Versammlungen, die im Anschluß an die Generalversammlung in den folgenden Tagen an den verschiedenen Orten der Zahlstelle stattfanden. Überall mußten unsere Kollegen erkennen, daß insbesondere die finanziellen Leistungen des Verbandes sich sehen lassen können. Wenn der Jahr 1931 keine starke Verschlechterung bringt, so dürfte ein Bestand unserer Zahlstelle in der jetzigen Höhe zu rechnen sein.

Rathütte. Die Zahlstelle Rathütte hatte zum 10. und 11. Januar zu Jugendzusammenkünften in Mellenbach und Dize eingeladen. Erfreulicherweise war die Jugend diesem Aufrufe zahlreich gefolgt. In der Zusammenkunft in Mellenbach beteiligten sich 40 Jungen und Mädchen aus Mellenbach und Mensebach, in Dize

Chemische Industrie

Lohnabbau-Umfug.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß der Lohnabbau nicht zu einer nennenswerten Kostensenkung führen kann. Für die Richtigkeit dieser unserer Behauptung erbringt die Buntpfärbereiindustrie den schriftlichen Beweis. In der „Farben-Zeitung“ vom 24. Januar wird geschrieben, daß in der Buntpfärbereiindustrie eine Preissenkung undenkbar ist. Die Löhne bilden nur einen untergeordneten Bestandteil der Buntpfärbekalkulation. Eine eventuell in den nächsten Wochen eintreffende Ermäßigung der Löhne um 5 bis 8 Prozent kann sich nur im Bruchteil eines Prozentes der Herstellungskosten auswirken.

Dagegen sind die Preise der Rohstoffe absolut unerschütterlich, ja sie zeigen in einzelnen Fällen schon wieder eine steigende Tendenz. Es wird aber an anderer Stelle der „Farben-Zeitung“ die Lösung ausgedrückt: „Ran an die Weltmarktpreise!“ Aus dem Artikel geht hervor, daß die deutsche Buntpfärbereiindustrie sich den Weltmarktpreisen nicht annähern kann, weil eben ihre Rohstoffpreise zu hoch liegen. Es kommen vorwiegend in Betracht Bleiverbindungen, wie Bleizucker usw., Chromsalze, Cyanalze, Leerfarbstoffe, Zinkverbindungen (Zinksalze) usw. Als Lieferanten der Rohstoffe für die Buntpfärbereiindustrie kommt die chemische Großindustrie, darunter die I.-G. Farbenindustrie, in Betracht. In dem Artikel wird angegeben, daß die genannten Produkte vom Ausland billiger zu beziehen sind als im Inland. Chromsalze waren z. B. in Amerika trotz Zollbelastung unter den deutschen Inlandspreisen zu kaufen. Die genannten Produkte werden zum großen Teil aus deutschen Rohstoffen hergestellt. Wenn trotzdem die Preise dafür über den Weltmarktpreisen liegen, sind sie willkürlich festgesetzt. Dafür sprechen auch die durchgängig hohen Gewinne in der chemischen Großindustrie. Nicht der Lohn darf abgebaut werden, sondern die unberechtigten Preisbindungen sind zu beseitigen. G. Haupt.

Unfallgefahren in der chemischen Industrie.

Die Metallhütte Duisburg oder Bergelushütte Duisburg-Wanheim gehört berufsgenossenschaftlich zur Chemie, lohnfarisch zur Nordwestgruppe. Das Werk ist eine Goldgrube, denn es wird sozusagen aus Drecks Gold gemacht. Trotzdem herrscht ein scharfes Antreiber- und Sparsystem. Selbst in den lebensgefährlichen Betriebsabteilungen, in denen sonst wegen der erhöhten Lebensgefahr zwei Mann tätig sein müssen, ist ein Mann abgebaut worden.

Diesen Gefahren ist nun unser Kollege Fritz Stuh, Funktionär und Unterkasserer unserer Organisation, zum Opfer gefallen, ein guter Mensch und einer unserer besten Kollegen. Seit 1919 war er auf der Metallhütte beschäftigt, stets pflichtbewußt und nüchtern führte er seine Arbeiten aus. Seit einiger Zeit war er in der Gasfilteranlage beschäftigt. Ungefähr Mitte des vorigen Jahres wurde ein Mann abgebaut, nun mußte in jeder Schicht nur einer die Arbeit verrichten, obwohl gerade diese Abteilung sehr gefährlich ist und nur mit Gasmaske gearbeitet werden kann. Dieser Arbeitsraum liegt völlig isoliert, und es ist den hier nicht Beschäftigten verboten, ihn zu betreten, denn dieser Raum ist geschwängert mit dem gefährlichen Kohlenoxydgas.

Am dem Unglückstage, dem 23. Januar, hatte Kollege St. Morgenschicht. Gegen 13 Uhr wurde der Meister durch den starken Gasqualm aufmerksam und fand den Kollegen leblos an der Erde liegend vor. Nach stundenlangem vergeblicher Behandlung mit Sauerstoff mußte der Arzt den Tod feststellen. Auf drei Fragen möchten wir die Behörden aufmerksam machen: War die Gasmaske einwandfrei? Warum wurde die Firma nicht gezwungen, in diesem gefährlichen Raum zwei Arbeiter zu beschäftigen? Was soll geschehen, um solche Unglücksfälle zu vermeiden?

Aber nicht allein die Firma trägt Schuld an diesem Unglück, auch die Arbeiterschaft hat viel Schuld mit. Von einer Belegschaft von 800 bis 900 sind noch nicht einmal 10 Prozent organisiert. In den vergangenen Jahren war der Betrieb eine Hochburg der Turkestaner. Der jetzige Betriebsrat, zum allergrößten Teil aus Stahlhelmern und Hiltierianern bestehend, steht stramm im „Dritten Reich“; aber das Betriebsrätegesetz kennt man nicht.

Wann werden die Arbeiter der Bergelushütte erkennen, daß nur die einig und geschlossene, in großen wirtschaftlichen Organisationen zusammengefaßte Arbeiterschaft eine Macht ist, die ihre Interessen vertritt und ihre Arbeitsbedingungen verbessern kann? Hinein in die freien Gewerkschaften! S. G.

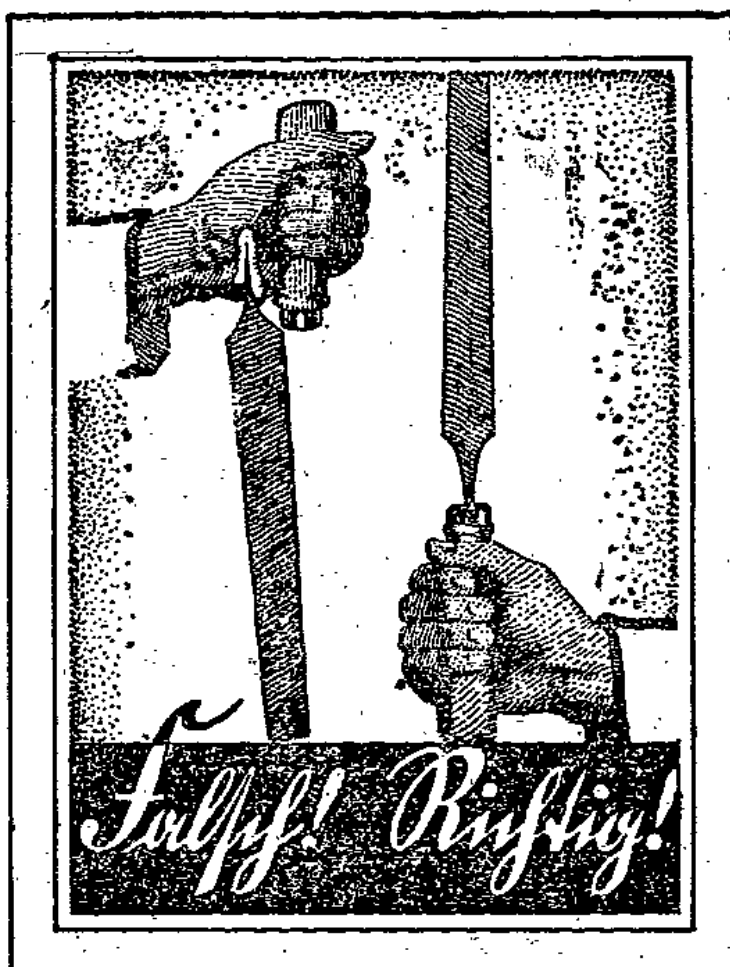
Der Schwedentrust im Überfluß.

In aller Welt nehmen die Klagen über die Wirtschaftskrise kein Ende. Über 15 Millionen Arbeitslose sind infolge der Wirtschaftskrise vorhanden. Volkswirtschaft und Weltwirtschaft leiden an gefährlichen Störungen. Die Zahl der Zusammenbrüche nimmt dauernd zu. Da hört man mit Erstaunen, daß der Herrscher des schwedischen Zündholztrustes, Ivar Kreuger, der außerdem Herr ist über Kugellagerkonzerne, Telefonfabriken, Zellstoffabriken, riesige Erzbergwerke und Wälder, das Aktienkapital des Zündholztrustes von 270 auf 360 Millionen Schweden-Kronen erhöhen will.

Ist es geschäftliche Tüchtigkeit oder spielen besondere Glücksstände eine Rolle dabei, daß trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise der Weizen des schwedischen Zündholzkönigs üppiger blüht denn je zuvor? Wie die Verwaltung des Trustes schreibt, haben sich die Geschäfte auch während des vergangenen Jahres günstig weiterentwickelt. Als der wichtigste Schritt in der Festigung der Stellung der Gesellschaft wird das Zustandekommen des Zündholzmonopolvertrages mit Deutschland betrachtet, der am 1. Juni 1930 in Wirklichkeit getreten ist. Soweit sich bis heute übersehen läßt, ist der Schwedentrust über die jetzige Entwicklung der Geschäftsergebnisse mit dem deutschen Zündholzmonopol sehr zufrieden. Die in den meisten anderen Geschäftszweigen herrschende Depression hat nach Angaben des Trustes auf die Zündholzindustrie wenig Einfluß gehabt. Der Konsum von Streichhölzern soll sich im Jahre 1930 in demselben Maße entwickelt haben wie in den früheren Jahren. Der bereits in früheren Jahren eingetretene

reichliche Regen finanzieller Art wird auch für das Geschäftsjahr 1930 erwartet. Man hofft, daß die Gewinne des Jahres 1930 die von 1929 noch übertreffen werden.

Jetzt schon erfolgt die Bekanntmachung, daß eine Gesamtdividende von 15 Prozent erreicht wird. Freudestrahlend berichtet der Aufsichtsrat, daß auch für die zukünftigen Jahre die begründete Aussicht besteht, daß dieselbe Dividende gewährleistet werden kann. Nachdem man so den Appetit beutellister Kapitalisten angereizt hat, erfolgt die Verkündung, daß der Schwedentrust die Absicht hat, eine Anleihe von 60 Millionen Kronen zu machen. Diese Anleihe wird in den allerersten Tagen in Schweden zur Zeichnung aufgelegt werden und wird zweifellos einen außerordentlichen Zuspruch finden. Gleichzeitig ist die Herausgabe von 900 000 B-Aktien von je 100 Kronen Nennwert beschloffen worden, die zu einem Kurse von 150 Kronen auszugeben werden sollen, wodurch sich von vornherein ein Kursgewinn von 50 Prozent des neu aufzunehmenden Aktienkapitals für den Schwedentrust ergeben wird.



Bestell-Nr. — 269 — der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W. 9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften

Nach der neuesten Statistik des Reichsversicherungsamtes sind im Jahre 1928 durch Handwerkszeug 52 488 Unfälle herbeigeführt worden. Davon waren 1426 Unfälle so schwer, daß sie zu längerer Erwerbslosigkeit führten, und 30 Unfälle endeten sogar tödlich. Diese Zahlen enthalten eine ernste Mahnung, bei der Arbeit auch auf die Instandhaltung des Handwerkszeuges Sorgfalt zu verwenden. Aus kleinen Ursachen entstehen oft große Wirkungen! Nicht immer muß der falsche Handgriff gleich zu einem Unglück führen. Neunmal kann es gut gehen, beim zehntenmal geht es in die Hand. Darum merke: Richtig und unfallsicher ist das gleiche!

Im Mai des Jahres 1931 wird die Gesellschaft 6 Prozent Deutsche Reichsbonds in der Höhe von 37,5 Millionen Dollar zu 98 Prozent übernehmen, die ihr Anteil an der 125-Millionen-Dollar-Anleihe an das Deutsche Reich sind, die als Gegengabe für die Schaffung des deutschen Zündholzmonopols gegeben wurden und 50 Prozent der endgültigen Zahlung dieser Anleihe repräsentieren. Der Rest von 50 Prozent ist bereits anderweitig untergebracht. Diese Entwicklung des Schwedentrustes zeigt, daß der Aufstieg dieses Unternehmens noch in fortwährender Entwicklung begriffen ist. Nachdem im Laufe des letzten Jahres sein Einfluß in der amerikanischen Zündholzindustrie gewaltig gewachsen ist, versucht der Schwedentrust systematisch seine Macht in Europa länderlos auszugestalten. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß es ihm auch gelingt, die bestehenden Monopolverhandlungen mit Italien zustande zu bringen. Durch die unumkehrbare Monopolmacht über einen Massengebrauchsartikel der ganzen Welt hat der Schwedentrust eine finanzielle Basis geschaffen, von der ausgehend er in einer Reihe wichtiger anderer Industrien ebenfalls Fuß gefaßt hat und neue Monopolgebäude mit Erfolg anstrebt. Neben der wirtschaftlichen Konzentration hat sich der Trust auch die finanzielle Basis durch Gründung eigener Großbanken und Verbindung mit den Großbanken Amerikas geschaffen, die ihm eine außerordentliche Unabhängigkeit vom Finanzkapital sichern und ihm die Möglichkeit zu schnellstem, überraschendem Handeln, worauf vielfach die Erfolge des Schwedentrustes zurückzuführen sind, gewähren.

Wohin soll diese Trustpolitik Ivar Kreugers einmal führen? Zeitweise hat er selbst vor einiger Zeit die Antwort darauf gegeben, daß er versuchen will, als Unternehmer mit starker Initiative eine Reorganisation der Wirtschaft nach modernen Gesichtspunkten anzutreiben. Wir glauben an eine solche Möglichkeit nicht, da sie von vornherein an dem Widerstand der heutigen privatrechtlichen Gesamtwirtschaftsform scheitert. Das Wirtschaftskönigtum, wie es Ivar Kreuger evtl. anstrebt, ist eine Unmöglichkeit. Es wird einzelne Unternehmer geben, die Trust- und Konzerngebilde aufbauen und dabei großen Erfolg haben mögen. Einmal aber erreicht auch diese Machtausdehnung ihr Ende, wie wir es bei Hugo Stinnes in klassischer Weise erlebt haben. Bis jetzt hat die Produktionspolitik Ivar Kreugers, eben weil sie ein Teil der kapitalistischen Produktionsform ist, nichts anderes erzielt, als daß sie infolge umfassender Rationalisierung und Betriebsorganisation Arbeiter in Massen brotlos machte und weitere Tausende zur Kurzarbeit verdammt. Die Erfolge Kreugers in der Zündholzindustrie äußern sich bis heute nur darin, daß seine Produktionspolitik nicht preisverbilligend gewirkt hat, sondern sich auf Monopolpreisen aufbaut. Hungernde und dem Elend preisgegebene Zündholzarbeiter auf der einen Seite, in Reichum schwelgende Zündholzaktionäre auf der anderen Seite sind das Ergebnis der Arbeit des Zündholztrustes. Deshalb fühlt sich die Arbeiterschaft, namentlich in den Betrieben des Zündholztrustes, als Ausbeutungsobjekt eines denkbar brutalen Unternehmertums. In den Betrieben des Zündholztrustes wird keinem Arbeiter, keiner Arbeiterin etwas geschenkt. In nervenzerschütternder Hast, angetrieben durch die modernen Arbeitsmaschinen, ist das Arbeitspensum bis zur Unwahrscheinlichkeit gesteigert. Dabei leiden die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zündholzindustrie, trotzdem es ihnen heute bereits schlecht genug geht, noch dauernd unter dem Druck der drohenden Arbeitslosigkeit, die durch weitere Technisierung der Betriebe in Aussicht steht. Gerade die Zündholzarbeiter wissen, daß ohne gewerkschaftliche Organisation ihre zur Zeit nicht rosigere Lage hofflos wäre. Ein Vergleich der Lebenslage der Zündholzarbeiter und -arbeiterinnen mit den Gewinnen des Zündholztrustes muß zu der Überzeugung führen, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen in den Verbänden der Fabrikarbeiter Deutschlands gehören.

K. Segerer.

In der Kallindustrie

führen die Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband, die am 20. Januar in Berlin stattgefunden haben, zu folgender Vereinbarung.

- I. Die Geltungsdauer des
 1. Mehrarbeitsabkommens für die Arbeiter in der Kallindustrie vom 22. Januar 1929,
 2. allgemeinen Tarifvertrages für die Kallindustrie vom 1. Juni 1922,
 3. Lohntarifs für die Kallindustrie vom 1. Februar 1929 wird bis auf weiteres verlängert.
 Beide Tarifparteien sind berechtigt, die vorgenannten Tarife mit vierwöchiger Frist frühestens zum 1. September 1931 zu kündigen.
- II. Die bisher gewährten Leistungsprämien und -zulagen bleiben bestehen, soweit die betrieblichen Verhältnisse sich nicht ändern.
- III. Die 14, 15 und 16 Jahre alten Arbeiter erhalten vier Arbeitstage Urlaub; die 14jährigen jedoch schon, wenn sie wenigstens ein halbes Jahr ununterbrochen auf einem Werk gearbeitet haben.
- IV. Die Arbeitgeber erklären sich bereit, Belegschaftsmitgliedern zur Teilnahme an Belehrungskursen der Gewerkschaften unbezahlten Urlaub zu gewähren, soweit nicht dringende betriebliche Verhältnisse dem entgegenstehen.

Unterschriften.

Am 25. Januar hat in Magdeburg eine Konferenz der am Tarifvertrag für die Kallindustrie beteiligten Arbeitnehmerorganisationen stattgefunden, der das Ergebnis der Verhandlungen unterbreitet wurde. Es wurden zwar einzelne Bedenken laut, doch bestand am Schluß der Konferenz die einmütige Auffassung, daß die Organisationsvertreter in dieser Situation gar nicht anders handeln konnten, als die Differenzen durch die vorstehende Vereinbarung zum Abschluß zu bringen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung wurde die gut verlaufene Konferenz geschlossen.

Papier-Industrie

Provokateure oder Unternehmerneknechte?

In Sachsen haben die „revolutionären Gewerkschaftsaktionen“, wie die KPD im Berliner Volksmunde recht drastisch genannt wird, ihren Sitz in Waldheim, im Machbereich des sächsischen Papierkönigs Riefhammer. Leiter der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist Herr Silbermann, der Gewerkschaftsbeid mit der Zweiseelentheorie. Silbermann, der das Spalten der Gewerkschaften in der grobköpfigen Art der Holzspalter betreibt, flog deswegen aus unserem Verbände hinaus und erwarb sich damit die Stellung eines revolutionären Gewerkschaftsbonzen in der KPD. Silbermann war im Betriebsrat der Firma Riefhammer und gleichzeitig Ehrenvorsitzender der KPD für den Bezirk Westsachsen. Beide Stellungen waren so recht geeignet, seine beiden Seelen in Schwingungen zu bringen. Um seine Zweiseelentheorie zu kennzeichnen, dürfte es sich empfehlen, die Ausführungen des Kollegen Stühler auf dem Hamburger Verbandstage — wenn auch in verkürzter Form — in Erinnerung zu bringen:

„Bei den Verhandlungen in Sachsen war eine Verkündung vor dem Schlichtungsausschuß und vor dem Tarifamt zunächst unmöglich. Nach der Tarifamtsetzung setzten sich die Beisitzer der Arbeitnehmer, weil sie glaubten, daß bei den nicht sehr erheblichen Differenzen ein Weg gefunden werden könnte, noch einmal mit den Arbeitgebern in Verbindung und trafen die unverbindliche Abmachung, daß der Lohn nicht um 8 Pf., wie die Forderung lautete, sondern um 7 Pf. erhöht werden sollte. Die Schwierigkeiten in der Aufstellung der Gruppen wurden einstweilen zurückgestellt. Die anwesenden Tarifkommissionsmitglieder aus Sachsen wurden daraufhin zu einer Besprechung in das Berliner Gewerkschaftshaus bestellt. Das Ergebnis wurde ihnen geschildert, und ehe noch einer der Angestellten aus Sachsen das Wort ergriffen hatte, erklärte Silbermann, bei 7 Pf. Lohnhöhung könne man das Angebot der Arbeitgeber nicht mehr ablehnen, aber ich werde nicht dafür und nicht dagegen stimmen.“ Ich habe darauf erklärt: „Silbermann, ich verstehe die Situation, in der du dich befindest.“ Ich stelle fest, daß auf diese Weise ein einstimmiger Beschluß zustande kam, den sächsischen Papierarbeitern die Annahme des Angebots zu empfehlen. Diese haben auch in einer Urabstimmung zugestimmt. Silbermann reiste nach Hause und dort erwachte sofort wieder seine revolutionäre Ader. In Wort und Schrift verkündete er genau das Gegenteil von dem, wozu er in der Kommission stillschweigend seine Zustimmung gegeben hatte. Das tat kein Mann, der nur einen Funken von Charakter besitzt. Als am 9. Juni erneut in Dresden verhandelt wurde, spielte natürlich die Angelegenheit Silbermann eine Rolle. Die Kommissionsmitglieder waren einstimmig der Meinung, daß sie sich mit Silbermann nicht wieder an einen Tisch setzen könnten. Ich stelle weiter fest, daß ein einziges Mitglied der Kommission gegen diesen Beschluß stimmte, und zwar gemäß der kommunistischen Parteiparole, daß es aber nachträglich erklärte, es könne sich mit Silbermann nicht solidarisch erklären. Denselben Ruf, den Silbermann in der kleinen Kommission ausbrachte, hat er auch seinem Direktor gegenüber gezeigt. Diesem hat er erklärt: „Lieber Herr Direktor, ich bin damit zufrieden, aber Sie können nicht verlangen, daß ich das der Arbeiterschaft gegenüber erkläre.“

Und derselbe Silbermann, der solche Pamphlete wie in diesem kommunistischen Organ hier schreibt, fällt in Ohnmacht, wenn unter solchen Dingen einmal aus Verschen sein Name steht. In Sachsen ist ihm das passiert. Gest sei Dank besitzt die Firma Riefhammer eine große Schneidemaschine.

so daß sein Name noch rechtzeitig abgeschnitten werden konnte. Ich hoffe, daß die kommunistische Presse diese Charakterisierung des Kollegen Silbermann auch bringen wird.

Das hat die kommunistische Presse natürlich nicht getan. Nachdem aber Silbermann die Gewerkschaftspaltung jetzt berufsmäßig betreibt, erschien es doch notwendig, diese damaligen Ausführungen zu veröffentlichen.

Die Zweifelseletheorie des Silbermann hat sich natürlich nicht gemildert, sondern im Gegenteil in seiner jetzigen Stellung verstärkt. Natürlich gibt Silbermann auch eine Zeitung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, genannt „Der Fabrikarbeiter“, Betriebszeitung für alle Papierarbeiter im Industriegebiet Mittweida-Öbbeln-Rossen, heraus. Silbermann, der von jeher die größte Angst davor hatte, Verantwortung zu tragen, der die Schneidemaschinen von Riefhammer mißbrauchte, um die wahrscheinlich aus Versehen des KPD-Büros unter Flugblätter gekommene Unterzeichnung mit seinem Namen zu vernichten, zeichnet natürlich auch für diese Betriebszeitung nicht, trotzdem er der geistige Inspirator derselben ist. Die Verantwortung zu tragen überläßt er einem gewissen G. Nübel in Waldheim.

Silbermann fordert Lohnabbau.

Noch ehe die Unternehmer der Papiererzeugungs-Industrie es wagten, die Bezirkslohnabbauforderungen an die Öffentlichkeit zu treten, brachte es Silbermann fertig, auf der ersten Seite seiner Betriebszeitung „Der Fabrikarbeiter“, Nr. 11, in 25 Millimeter großen Lettern zu verkünden:

„18 Pf. Lohnabbau. Papierarbeiterlohn wie 1924!“

Das verlangen die Papierfabrikanten!

Diese Meldung brachte Silbermann in seiner Betriebszeitung von Anfang November 1930. Wir wissen aber ganz genau und aus zuverlässiger Quelle, daß der Arbeitgeberverband seine Vorstandsmitglieder, Verbandsfunktionäre und Syndizist erst am 29. November 1930 in Berlin beikammen hatte, und daß erst an diesem Tage Beschlüsse gefaßt wurden, in welcher Höhe der Lohnabbau von den Gewerkschaften gefordert werden soll.

Wir fragen deshalb: Woher konnte Herr Silbermann die Forderungen der Arbeitgeber schon Anfang November haben? Steht Herr Silbermann als Leiter der Kampf-gewerkschaftsorganisation für Sachsen etwa mit den Unternehmern in engerer Verbindung, um deren Forderungen schon zu kennen, ehe sie der Arbeitgeberverband beschließt und ehe den Gewerkschaften davon Mitteilung gemacht wird? Fast müßte man dieses annehmen. Denn gerade in Sachsen hat ein Teil der Unternehmer vom Arbeitgeberverband verlangt, daß ein Lohnabbau bis zu 40 Prozent eintreten müsse, der also ungefähr der Forderung entspricht, die Herr Silbermann in seiner Betriebszeitung bekannt gab.

Sollte aber Herr Silbermann mit den Arbeitgebern der Papiererzeugungsindustrie in Sachsen nicht in engeren Beziehungen stehen, dann hat er durch diese Veröffentlichung den Unternehmern die schönsten Vorspanndienste und den Papierarbeitern den größten Väterdienst erwiesen. Mit Recht werden deshalb die Unternehmer kalküliert haben, wenn schon die kommunistische Gewerkschaftsopposition die Papierarbeiter auf einen Abbau der Löhne auf den Stand von 1924 vorbereitete, dann können wir mit ruhigem Gewissen von den Gewerkschaften einen Abbau der Löhne auf den Stand von 1927 fordern; dies und nichts anderes sind die Forderungen, die den Gewerkschaften von den Bezirksstellen des Arbeitgeberverbandes seit Dezember 1930 unterbreitet werden.

Die von Herrn Silbermann inspirierte Betriebszeitung besitzt aber noch die Gemeinheit, diese falsche und niederträchtige Lohnbauparole auf andere Leute abzuwälzen. In der gleichen Nummer „Der Fabrikarbeiter“ befindet sich ein Bericht über die mitteldeutsche Papierarbeiterkonferenz in Leipzig. Danach soll Kollege Schneider (Saxt) auf dieser Konferenz u. a. angeführt haben:

„... jetzt werde in Unternehmerrreisen zum Ausdruck gebracht, daß man zu der Lohnhöhe von 1924 zurück will, d. h. die Unternehmer wollen einen Lohnabbau von 18 Pf.“

Die Gemeinheit dieser unterjochenden Worte wird erst verständlich, wenn man beachtet, daß diese Papierarbeiterkonferenz bereits am 19. Oktober 1930 stattfand, daß in dieser Konferenz Lohnbauforderungen überhaupt nicht bekanntgegeben werden konnten, weil die Arbeitgeber ihre Forderungen erst Anfang Dezember bekanntgaben, und wenn man weiter beachtet, daß diese Konferenz sich lediglich mit der Frage zu befassen hatte, ob der mitteldeutsche Papiererzeugung ist von der Arbeitnehmerschaft gekündigt oder mit den bisherigen Kündigungsstrafen stillschweigend verlängert werden sollte. Die amwesenden Delegierten, einschließlich der kommunistischen Vertreter, stimmten für die Verlängerung und nicht für die Kündigung des Tarifes. Aus dieser Tatsache ergibt sich schon, daß Kollege Schneider (Saxt) die ihm in den Mund gelegten Worte nicht gebraucht haben kann. Damit erledigen sich aber auch die Verdächtigungen, die in diesem Steckbrief gegen die Kollegen Siegmund, Nickel, Endwig und Häppler erhoben werden, denen ebenfalls unterjochend wird, daß sie die Kundschreiben über die Lage in der Papierindustrie in der Synode liegen lassen.

Die KPD will spalten.

Diese gewerkschaftsoppositionelle Schmierzeitung entwirft sich weiter darüber, daß auf der mitteldeutschen Papierarbeiterkonferenz auch das Verhalten der KPD gestreift wurde. Wirklich heißt es: Dort ist wiederum mit der gesamten Seite die Kommunisten wollen die Arbeiter spalten, gearbeitet worden.“ Also hier ist es eine gemeine Lüge. Am Schluß des obigen Artikels aber heißt es: „Nach

wir sollen zu den Spaltern gehören, weil wir euch in der Betriebszeitung den Angriffspunkt der Unternehmer mitgeteilt haben. Weil wir es nicht für uns behalten haben, was jeden Papierarbeiter, jede Arbeiterin angeht, weil wir es nicht machen wie die Reformisten — deshalb werden wir von den gutbezahlten Angestellten des KPD als Spalter hingestellt. Wir sind stolz darauf, von diesen Leuten wegen unseres Eintretens für die Fabrikarbeiter beschimpft zu werden, und legen ganz offen, daß es unsere ernstliche Absicht ist, alle Fabrikarbeiter von den wirtschaftsfriedlichen Unternehmervertretern, gleich welchen Namen sie tragen, abzuspalten!“

Die Verleumdungen, die in diesen Sätzen ruhen, haben wir bereits in diesem Artikel richtiggestellt. Warum sich die Kommunisten entrüsten, nachdem sie stolz auf die Spaltung der Gewerkschaften sind, verstehen nur noch Narren und Irrsinnige.

Nationalsozialistische Theorie und Praxis.

In Nr. 2 der „Nationalsozialistischen Briefe“ schreibt Ulrich von Hufen in einem Artikel „Von Wesen des Kapitalismus“:

„Jeder Mensch, der Besitz als Ziel seines Strebens, Gewinn als Wert seiner Tätigkeit ansieht, ist Kapitalist und unser Feind... denn wir wissen, daß das Wesen des kapitalistischen Systems naturnotwendig feind ist dem Leben eines Volkes.“

Das ist die Theorie, das sind die Phrasen, mit denen die Nazis sich die Arbeiterstimmen für ihren Wahlerfolg einfangen und mit denen sie heute noch Anhänger und Miskäufer aus der Arbeiterschaft suchen.

„Wir erkennen auch die gesellschaftliche Bedeutung der Bankiers an, die nicht beseitigt werden dürfen.“

Sie haben gar keinen Grund, uns sozialistische Tendenzen zu unterziehen.“ (Dr. Feder.)

„Wir Nationalsozialisten zer schlagen auch die Organisationen der Arbeiterschaft. Wir zer schlagen auch die Gewerkschaften. Darum müßt ihr (Unternehmer) uns das Recht geben, in unserer Agitation uns dem Geist der Arbeiterschaft anzupassen. Wenn wir von der Verfaßung von Grund und Boden reden, so meinen wir das nicht so. Wenn wir gegen das Kapital reden, so brauchen wir dieses Propagandamittel, um die Leute an uns heranzuziehen.“ (Abg. Held.)

Das ist die wahre Gesinnung der Nationalsozialisten. Welcher Arbeiter kann nun noch zweifeln, daß er von den Nazis betrogen wird?

Kommunistische Taktik.

Natürlich ist die Verbandsbürokratie des Fabrikarbeiterverbandes daran schuld, daß der Berliner Metallarbeiterstreik nicht mit vollem Erfolg durchgeführt werden konnte. Dabei spielt es gar keine Rolle, daß unsere Organisation in diesem Kampfe ohne jeden Einfluß war. Natürlich darf man nicht verraten, daß die große Zahl der unorganisierten, revolutionären Arbeiter, trotz der von der roten Hilfe verteilten und von gut bürgerlichen Schlachtermetzern geschenkten Wurfstuppe die Hufe schon gehäuft voll hatten, als der Berliner Metallarbeiterstreik beschlossen wurde. Deshalb behauptet man in der Betriebszeitung auch, daß „mit den Papierarbeitern Sachsens das gleiche Mandover durchgeführt werden sollte, ähnlich dem wie jetzt in Berlin bei den Metallarbeitern, welche genau wie ihr 1921, als sie im Streik standen, an das Unternehmertum verkauft wurden“. Also die Metallarbeiter wurden in ihrem letzten Streik an die Unternehmer verkauft und trotzdem war dieser Streik ein kommunistischer Sieg, denn in der gleichen Betriebszeitung befindet sich folgender Aufruf an die sächsischen Papierarbeiter: „Lernt aus dem Metallarbeiterstreik in Berlin! Eure Lage zu verbessern; das liegt in eurer Hand.“

Man muß wirklich schon durch eine Moskauer Idiotenschule gegangen sein, um zu verstehen, daß der Berliner Metallarbeiterstreik das eine Mal eine Niederlage, das andere Mal aber ein kommunistischer Sieg war, durch den die Lage der Arbeiter verbessert wurde.

Die Machlosigkeit der KPD.

Silbermann und Genossen stellen sich natürlich immer wieder als die Retter der sächsischen Papierarbeiter hin und tun so, als wenn sie nur zu pfeifen bräuchten, damit sämtliche Papierarbeiter nach ihren Anordnungen tanzen. Dieser Größenwahn ist bereits derartig zur Arterienverhärtung angeartet, daß den revolutionären Gewerkschaftsbunzen die eigene Köcherlichkeit gar nicht mehr zum Bewußtsein kommt, wenn sie in derselben Betriebszeitung von den wenigen oppositionellen Betriebsräten reden, die bereit sein sollen, mit den sozialdemokratischen Kollegen, die man sonst als Sozialfaschisten beschimpft, die Betriebe zu mobilisieren und den Angriff der immer frecher auftretenden Unternehmer geschloßen abzuwehren.

Kommunistische Unfähigkeit.

Die Unfähigkeit Silbermanns und Genossen in gewerkschaftlichen Fragen ergibt sich mit aller Deutlichkeit aus dem Aufruf, der in der gleichen Zeitung an die Arbeiterschaft von Weitzmann, Dreier und Rosen gerichtet wird. Es heißt da: „Wir fordern euch auf, umgehend per Post oder durch oppositionelle Kollegen darüber Berichte einzuschicken, wie die Arbeitsbedingungen liegen, wie ihr mit eurem Lohn auskommt, wie ihr steht zu dem bevorstehenden Lohnabbau. Berichtet darüber, ob ihr gewillt seid, mit allen Kräfte die KPD, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, zu unterstützen. Berichtet darüber, wie und wo am ersten geschaffen werden soll eine starke Betriebsgruppe der Opposition!“

Wenn Silbermann und Genossen noch nicht einmal wissen, wie Betriebsgruppen der Opposition errichtet werden können — von dem „wo“ gar nicht zu reden —, dann beweisen sie damit doch nur ihre vollkommen Unfähigkeit in organisatorischen Dingen. Und berarfige Leute, die ein einziges Häufchen Unglück in organisatorischen Fragen darstellen, fühlen in sich den Beruf zum revolutionären Führer der Arbeiterschaft.

Die Papierarbeiterschaft in Sachsen sowohl als auch im Reich bedankt sich dafür, von solchen Gewerkschaftskämpfern in das schwerste Unheil hineingeführt zu werden. Auch im diesmaligen Lohnabbaukampf vertrauen die Papierarbeiter die Führung nur dem Fabrikarbeiterverbände an. Darüber zu entscheiden, wann und wo und zu welchem Zeitpunkt der Kampf mit den Papiererzeugungsindustriellen aufgenommen wird, liegt in den Händen der organisierten deutschen Papierarbeiter und ihrer Gewerkschaftsleitung, nicht aber im Willen einiger kommunistischer Gewerkschaftstrottel. G. Stähler.

Die KPD. haut Tarifverträge.

II.

Der Paragraph 4 entspricht dem Paragraphen 3 unseres GWB. Nach der Forderung der KPD sollen die Löhne durch besondere Lohnverträge festgesetzt werden. In Anbetracht der bisherigen Forderungen scheint uns hier ein Denkfehler vorzuliegen. Wenn die Betriebsvertretung und die Vertrauensleute der KPD schon die Befugnisse haben, in der Arbeitszeitfrage vollkommen selbständig zu bestimmen, dann sehen wir nicht ein, warum ihnen nicht auch das Recht gegeben werden soll, die Löhne festzusetzen. Vielleicht stellt die KPD ihre Forderung entsprechend um. Paragraph 5 des Entwurfs entspricht dem Paragraphen 11 GWB. Wir halten die Forderung, daß „die Löhne spätestens in der folgenden Woche freitags gezahlt werden“ für eine kapitalistische Unverschämtheit. Nach dieser Forderung müßten die Papierarbeiter beim Eintritt in das Arbeitsverhältnis — also gewöhnlich zu einem Zeitpunkt, wo sich nach vielleicht langer Arbeitslosigkeit das Geld am notwendigsten brauchen — fast 14 Tage arbeiten, ehe sie den Arbeitslohn für die erste Arbeitswoche zu beanspruchen hätten. Daraus ergibt sich wiederum, daß sie eine volle Woche ihren Verdienst dem Unternehmer als Betriebskapital zur Verfügung zu stellen haben.

Der Paragraph 6 des Entwurfs bestimmt, daß Tariflöhne Mindestlöhne sind. Also auch hier hat man die Gedanken der Sozialfaschisten übernommen. Wenn weiter verlangt wird, daß Renten grundsätzlich nicht auf den Lohn angerechnet werden dürfen, so hat der Verfasser des Entwurfs hier Forderungen aufgestellt, die im kapitalistischen Deutschland bereits gesetzlich verankert sind.

In der russischen Industrie gehört die Ausführung von Akkordarbeit zur sozialistischen Disziplin der Arbeiterschaft. Infolge eines fein ausgeklügelten Systems sucht, unter Berücksichtigung der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen des roten Auflands und mit Hilfe der als Betriebspöbel tätigen Funktionäre, aus Angst vor der roten Diktatur über die Arbeiter ein Arbeiter den anderen in der Leistung zu übertreffen. Das gehört zum guten bolschewistischen Ton. Infolgedessen wäre es korrekt gewesen, wenn die KPD, im faschistischen Deutschland einfach die Akkordarbeit verboten würde. Hier hat es aber der Verfasser des Entwurfs mit der Angst bekommen, wahrscheinlich weil er als ehemaliger Betriebsratsvorsitzender der Leunawerke die Erfahrung machen mußte, daß gerade seine Parteilichkeit die größten Akkord- und Überstundenlöhner waren. Er begnügt sich deshalb im Paragraphen 7 damit, daß die Akkordarbeit nur dann grundsätzlich verboten wird, wenn sie zu einer Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiter wird. Im übrigen soll die Betriebsvertretung auf die völlige Beseitigung der Akkordarbeit hinarbeiten.

Nach Paragraph 8 des Entwurfs müssen die Akkordpreise für die einzelnen Artikel so bemessen sein, daß der Arbeiter den Tariflohn plus 25 Prozent verdient. Diese Forderung erscheint uns absolut nicht revolutionär, nachdem der Paragraph 13 GWB für Akkordarbeiter bereits einen 20prozentigen Mindestmehrverdienst vorsieht.

Nachdem der Paragraph 8 des Entwurfs außerordentlich stark nach Sozialfaschismus roch, ist der Paragraph 9 endlich wieder eine revolutionäre Tat: Die Preise sollen nämlich — gemeint sein dürften die Akkordpreise — durch die Betriebsvertretung gemeinsam mit einer besonders gewählten Preiskommission oder mit der Arbeiterschaft festgesetzt werden. Endlich hat der Unternehmer wieder einmal nichts mehr zu sagen! Sollte dieser aber trotzdem in der Preiskommission vertreten sein, dann erscheint uns die weitere Bestimmung, daß die Preiskommission jederzeit von der Arbeiterschaft abberufen werden kann, als das zur Zeit in Deutschland einzig mögliche Mittel, die Kapitalisten schriftweise zu beseitigen.

Nachdem im Paragraphen 9 die von der Arbeiterschaft gewählte Preiskommission die Akkordpreise festsetzen kann, mußte die Forderung zu Paragraph 10 an, wie ein Rückfall in das kapitalistische Zeitalter, wenn nun angerechnet der Unternehmer die Akkordarbeiter auch vorübergehend in Zeitlohn beschäftigen kann. Gegenüber dieser Nachbesserung des Entwurfs nimmt sich die Forderung, daß in diesem Falle dem Akkordarbeiter der Durchschnittsakkordverdienst der letzten vier Wochen zuzurechnen, geradezu ärmlich aus.

Bei Paragraph 11 hat sich der Verfasser einen kleinen Diebstahl geleistet. Durch Verschiebung der Worte hat er den Absatz 3 des Paragraphen 13 GWB einfach übernommen und fordert, daß ein Verzeichnis sämtlicher Akkordpreise und Lohnsätze in den Betrieben anzuhängen ist oder diese in Preisbüchern an geeigneter Stelle zugänglich zu machen sind. Wir finden sogar, daß er die Bestimmungen des GWB noch etwas verdorben hat, denn nach diesen hat der Arbeiter auch das Recht, diese Bedingungen schriftlich oder gedruckt ausgedrängt zu bekommen.

Recht ärmlich sieht auch der Paragraph 12 des Entwurfs aus, wonach die Preiskommission — trotzdem sie nach Paragraph 9 die Akkordpreise eigenmächtig festsetzen kann — vom Unternehmer den Lohnausfall nach ihrem Durchschnittsverdienst beanspruchen darf, soweit ihr durch ihre Tätigkeit in der Preiskommission ein Lohnausfall entsteht.

Einem selten guten Einfall entwickelt der Verfasser in seinem Paragraphen 13, wonach „Arbeitern am laufenden Band und an anderen technischen Einrichtungen, die die menschliche Arbeitskraft mechanisieren, ein Zuschlag von 25 Prozent zum Tariflohn gezahlt werden muß“. Sind die Arbeiter aber am Fließband beschäftigt, so ist ihnen nach jeder Arbeitsstunde generell eine Pause zu gewähren, deren Höhe von der Betriebsvertretung im Einvernehmen mit der betreffenden Arbeiterguppe festgesetzt wird. Wir sind nun der Auffassung, daß die Arbeit am Fließband die zur Zeit höchste Forderung der Mechanisierung der menschlichen Arbeitskraft darstellt. Soweit wir unterrichtet sind, ist in Rußland für diese Tätigkeit eine Pause von 60 Minuten von der Betriebsvertretung festgesetzt worden.

Bis jetzt hat der Verfasser in seinem Paragraphen 14 seine höchste tariftechnische Glanzleistung erreicht, denn „an Stelle der Prämien sind die Tariflöhne entsprechend zu erhöhen“. Bravo! Damit sind wir vollkommen einverstanden, denn dieser Satz kann doch nur bedeuten, daß die Prämien abzuschaffen sind und als Entschädigung für den entgangenen höheren Prämienverdienst eine Lohnerhöhung einzutreten hat. Hat man durch Tarifvertrag eher einmal die Prämien beseitigt, dann gibt es keine mehr. Wenn es aber keine Prämien mehr gibt, dann ist die weitere Bestimmung, daß „die Entbung bestehender Prämien nur durch die Betriebsvertretung mit der Belegschaft geschehen kann“, vollkommen überflüssig oder, wie wir zugunsten des Verfassers annehmen, eine Konzeption an jenen kommunistischen Arbeiter, die glauben, ohne Prämienarbeit nicht mehr leben zu können. Recht wenig logisch durchdracht ist auch die Bestimmung, daß „die Prämien spätestens alle 14 Tage verrechnet und in Form von Abschlagszahlungen aus-

gezeigt werden müssen". Gegenüber den letzten Bestimmungen zweifellos ein neues Gesicht für den Unternehmer. Hat der Ver- fasser schon vergessen, die Höhe der Abschlagszahlung in seinem Entwurf festzulegen, und keine Bestimmung darüber getroffen, wann der über die Abschlagszahlung hinausgehende Rest den Arbeitnehmern auszusahlen ist, so müßte wirklich nur ein erz- dummer Unternehmer nicht auf den Gedanken kommen, daß ihm diese Bestimmungen die rechtliche Möglichkeit geben, die Prämien überhaupt niemals auszuzahlen, sondern nur kleine Almosen in der Form von Abschlagszahlungen zu leisten. Demgegenüber nimmt sich die Bestimmung im Paragraphen 12 Abs. 4 O. V., wonach die verdienten Prämien einen festen Bestandteil des Einkommens bilden, der weder gekürzt noch in Abzug gebracht werden darf, als eine Heldenkat auf gewerkschaftlichem Gebiete aus. Nach der kommunistischen Fassung kann natürlich der Arbeitgeber jederzeit auch die Prämien kürzen, ja sogar abziehen, wenn dem Arbeit- nehmer bei seiner Arbeitsleistung ein Produktionsfehler unterläuft. Diese geforderte kommunistische Prämie ist also, trotzdem sie die Ver- treibung eigener Macht festsetzen darf, auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit aufgebaut, da für ihre Auszahlung kein Rechts- anspruch gegeben ist, und demnach auch nur als Geschenk des Unter- nehmers zu bemerken. Die weitere Ergänzung zu Paragraph 14 hat der Verfasser dadurch zustande gebracht, daß er den letzten Satz im Paragraphen 12 Abs. 3 O. V. wortwörtlich gestohlen hat. Den Paragraphen 15 haben wir bereits im Zusammenhang mit Paragraph 3 des Entwurfs behandelt.

Nach Paragraph 16 des Entwurfs gelten alle über die tägliche sieben- bzw. sechsstündige Arbeitszeit hinausgehenden Arbeits- stunden als Überstunden. Diese Überstunden sind dann „von der Arbeitsleistung als einfach bezahlte Arbeitsstunden in Abzug zu bringen". Da der Lohn selbstverständlich nur eine Entschädigung der Arbeitsleistung ist, bedeutet diese Fassung, daß der Unternehmer das Recht hat, die geleisteten Überstunden vom Lohn wieder abzu- ziehen, so daß in Wirklichkeit der Arbeitnehmer für die Über- stunden nur die vorgeschriebenen Zuschläge erhält. Für jugendliche Arbeitnehmer unter 18 Jahren wird die Leistung von Überstunden verboten.

Für Nachtarbeit wird ein Zuschlag von 25 Prozent, für Sonn- und Feiertagsarbeit von 100 Prozent gefordert. Die letzten beiden Forderungen stellen nichts Neues dar und wurden bei jeder Tarif- revision seit dem Jahre 1919 auch ohne kommunistische Hilfe immer wieder erhoben.

Nahrungsmittel-Industrie

Unfallsturz in der Zuckerindustrie.

Zwei schwere Unfälle ereigneten sich Ende Dezember 1930 in der Zuckerraffinerie Vignburg. Am Reparaturarbeiten an der Schweißpresse vornehmen zu können, hatte sich der mit der Arbeit beauftragte Kollege ein Gerüst gebaut. Das Gerüst, auf dem der betreffende Arbeiter stand, war jedoch schlecht gewählt. Obwohl weder morsch noch sonst defekt, brach das etwa 1/2 Zoll starke Brett an einer Stelle, und der Reparaturarbeiter stürzte etwa 3 1/2 Meter hinab. Die Folge war ein komplizierter Oberschenkelbruch, so daß der Kollege wahrscheinlich wochenlang krank danieder liegen wird. Ob das Bein je wieder ganz geheilt werden kann, ist sehr die Frage. Wir wünschen dem Kollegen restlose Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Der zweite Unfall geschah am 29. Dezember 1930. Die Firma dämpft für einen Großgrundbesitzer Futterkartoffeln. Die Futterdämpfe besteht aus einem etwa 2 1/2 Meter hohen eisernen Behälter von ungefähr 1,50 Meter Durchmesser. Der Behälter faßt etwa 45 Zentner Kartoffeln. Vom Betriebs- dampfkessel aus wird Heißdampf in die Kartoffeldämpfe ein- geführt. Am Boden der Kartoffeldämpfe befindet sich eine Abdampfleitung.

Während der Weihnachtsfeier war die Kartoffel- dämpfe nicht benutzt worden. In der Abdampfleitung hatte sich nun während der Ruhelage der durch die Abdampfwässer mitgeführte Kartoffelschlamm festgesetzt, so daß der Abdampf bei Wiederinbetriebnahme nicht abziehen konnte. Dadurch kam die Kartoffeldämpfe unter Überdruck, dem der über 30 Jahre im Betrieb befindliche Kessel nicht standhielt. An einer Stelle, wo Seitenwand und Boden vernietet sind, wurde ein Stück der Umwandung herausgerissen. Die Bruchstelle war schon vor Jahren einmal repariert. Durch die aus- strömenden Dämpfe und den herausgeschleuderten Kartoffel- brei wurde ein Kollege so verbrannt, daß er am nächsten Tage an den Folgen der Verbrennung starb. Ein anderer Kollege wurde so schwer verbrannt, daß er dem Krankenhaus über- wiesen werden mußte. Ein dritter Mitarbeiter erlitt weniger schwere Verletzungen.

Nach unserer Auffassung hätte dieser Unfall verhütet werden können, wenn der zuständige Meister

1. vor Inbetriebnahme der Kartoffeldämpfe die Dampf- und -Ableitungen auf ihre Betriebssicherheit hätte unter- suchen lassen oder wenn
2. am Deckel der Kartoffeldämpfe ein Sicherheitsventil an- gebracht gewesen wäre.

Selbst wenn das Abdampfrohr verstopft gewesen wäre, hätte in diesem Fall der Überdruck durch das Sicherheitsventil ent- weichen können. Erst nachdem dieser schwere Unfall passierte, wurde das Sicherheitsventil angebracht. Es ist das alte Lied: Nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man ihn zu. Den zweiten Unfall hat die Betriebsleitung zu verant- worten.

Die mitteldeutsche Vereinigung für Rohzuckerfabriken 1929/30.

Die mitteldeutsche Vereinigung für Rohzuckerfabriken (Konzern Halle-Rositz-Holland) hat ihren Geschäftsbericht über das Jahr 1929/30 erstattet. Der Bericht, den wir der „Deutschen Zuckerindustrie" entnehmen, unterscheidet sich von seinen Vorgängern dadurch, daß er fast gar nicht auf die allgemeine Lage in der Zuckerindustrie eingeht. Der vor- jährige Bericht brachte hierzu längere Ausführungen, der diesjährige Bericht dagegen beschränkt sich fast ausschließlich auf Angaben über Vorgänge innerhalb des Konzerns selbst. Betrachten wir die Entwicklung des Konzerns von seiner Gründung an, dann erhalten wir folgendes Bild:

Betriebsjahr	Zahl der Rübenzucker- fabriken	Rüben- anbaufläche in Morgen	Rüben- verarbeitung in Zentner	Rohzucker- erzeugung in Zentner
1923/24	50	202 897	22 184 255	3 433 310
1924/25	48	203 454	31 439 238	4 977 609
1925/26	48	206 400	24 961 520	3 780 185
1926/27	48	208 489	32 231 918	4 958 187
1927/28	48	223 510	29 823 280	4 681 913
1928/29	47	240 569	29 539 069	4 708 471
1929/30	46	237 127	29 249 527	4 783 164
1930/31	44	233 554		

Seit Gründung des Konzerns ist also die Anzahl der Rübenzuckerfabriken, die zum Konzern gehören, ständig gesunken, obwohl immer neue Betriebe dem Konzern be- getreten sind. Es sind aber diese Betriebe stillgelegt worden, und ihre Rübenverarbeitung wurde von anderen Konzern- betrieben übernommen. Im letzten Jahre wurde die Zuckerraffinerie Schortepoh stillgelegt. Das Rübenmaterial wurde von den Zuckerraffinerien Delitzsch, Jörbig und Lands- berg übernommen. Der Zucker aus der übernommenen Rübenverarbeitung bleibt nach dem Bericht voll zur Ver- fügung des Konzerns. Die Zuckerraffinerie Rositz ist in Liquidation geraten und somit aus dem Konzern ausgeschieden.

Im übrigen zeigt die Tabelle, daß die Zahl der Rüben- zuckerfabriken innerhalb des Konzerns im Laufe der Jahre von 50 auf 44 zurückgegangen ist. Die Rübenanbaufläche aber stieg bis zum Jahre 1928/29 ständig. Von da an ist ein Rückgang zu verzeichnen, der aber lange nicht so stark ist wie die vorherige Steigerung. Da die Zahl der Betriebe immer geringer wurde, entfällt auf den einzelnen Betrieb gegenwärtig eine weit höhere Verarbeitungsmenge als bei Gründung des Konzerns. Die Rübenverarbeitung hat nicht immer mit der Anbaufläche gleichen Schritt gehalten. So war z. B. die Anbaufläche 1928/29 am höchsten, die Rüben- verarbeitung aber 1927/28. Das hängt davon ab, wie der Rübenwuchs jeweilig war. Die Zuckerverzehrung hält gleich- falls nicht immer mit der Anbaufläche und auch nicht immer mit der Verarbeitungsmenge an Rüben Schritt. Sie war am höchsten in den Jahren 1924/25 und 1926/27. Hier spielt der Zuckergehalt der Rübe, der viel vom Wetter abhängt, eine Rolle. Die Erträge je Morgen sind innerhalb des mittel- deutschen Konzerns etwas niedriger als im Reichsdurchschnitt. Das hängt damit zusammen, daß namentlich in Anhalt die Rübenträge in den letzten Jahren stark zurückgegangen sind.

Erkenntnis tut not.

Alles Revolutionieren in der äußeren Wirklich- keit bleibt äußerlich und verläuft im Sande, wenn es dem Geist nicht gelingt, ebenso sehr mit der histo- risch überlieferten Welt des geistigen Innern fertig zu werden, sein neues Prinzip durch alle ihre In- stanzen und Gebiete durchzuführen und sie von neuem aus ihm aufzubauen.

Lassalle.

Insgesamt haben im vorigen Jahre 238 Zuckerraffinerien Rübenzucker erzeugt, davon gehören zum Konzern 46, fast der fünfte Teil. Es ist aus dem Bericht nicht ersichtlich, ob der Konzern bei seiner Zusammenfassung nur die Rüben erfaßt, die die Fabriken für den Konzern verarbeiten. Es gibt inner- halb des Konzerns auch Betriebe, die nicht den ganzen Zucker dem Konzern zur Verfügung stellen, die also nur mit einem Teil der Produktion zum Konzern gehören; daher ist das Bild über die Gesamtproduktion der zum Konzern gehörenden Betriebe ungenau. Immerhin aber zeigt die große Anzahl der Konzernbetriebe, welche großen Einfluß diese Ver- einigung in der Zuckerindustrie hat.

Die Konzernleitung hat sich nicht darauf beschränkt, innerhalb des Konzerns die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, sie hat über diesen Rahmen hinaus mit anderen Vereinigungen Verbindungen angeknüpft. Hierzu sagt der Bericht folgendes:

Auch zwischen einer Reihe von anderen Zuckerraffinerien, die dem Bunde der Zuckerraffinerien angeschlossen sind, haben Ver- handlungen zur Bildung von regionalen Interessengemeinschaften stattgefunden. Der Zweck dieser Interessengemeinschaften ist darauf gerichtet, über die Bestrebungen des Bundes der Zucker- fabriken hinaus den Kaufkräftewettbewerb in rationellere Bahnen zu lenken und gemeinsame Maßnahmen hinsichtlich der Rübenabnahme und Rübenprozentierung auf solchen Stationen, auf denen mehrere Fabriken Kaufkräften annehmen, zu treffen."

Die Bemühungen der Konzernleitung gingen also dahin, ein Gegeneinanderauspielen der Kaufkräftenlieferanten und der Kaufkräftenbezieher zu vermeiden. An einer anderen Stelle heißt es dann im Bericht:

Die Abwicklung der Interessengemeinschafts- und Ver- arbeitsverträge mit der Zuckerraffinerie Hildesheim und der Süddeutschen Zucker-Aktiengesellschaft in Mannheim erfolgte reibungslos und zu allseitiger Zufriedenheit. Die freundschaft- lichen Beziehungen des Konzerns und die Zusammenarbeit mit beiden Vertragskontrahenten konnten vertieft werden."

Beide Zitate deuten darauf hin, daß die Vereinigung mitteldeutscher Rohzuckerfabriken ihren Einfluß durch Ver- einbarungen und Verträge mit anderen größeren Gesell- schaften nach verschiedenen Richtungen hin zu erweitern versucht. Der Weg von Interessengemeinschafts- und Ver- arbeitsverträgen zum Zusammenschluß zu einer einheit- lichen Gesellschaft ist meistens nicht mehr all zu weit. Neben dem die Verbindungen, wie namentlich das zweite Zitat zeigt, bis zur Süddeutschen Zucker-Aktiengesellschaft hinüber. Schon immer gehörte der Konzern Halle-Rositz- Holland zu den einflußreichsten Vereinigungen in der Zucker- industrie. Durch die getroffenen Vereinbarungen und abge- schlossenen Verträge scheint der Einfluß in den letzten Jahren bedeutend verstärkt zu sein. Auch die deutsche Zuckerindustrie kommt also immer mehr unter den Einfluß eines größeren Konzerns.

Verschiedene Industrien

Die Spielwarenindustrie vor dem Enquete-Ausschuß.

Der Enquete-Ausschuß hat umfassende Spezialunter- suchungen über die deutsche Spielwarenindustrie durchgeführt. Der Bericht ist in einem Buche zusammengefaßt und gibt zum ersten Male einen umfassenden Überblick über diese alte und außerordentlich differenzierte Verfeinerungs- und Export- industrie.

Das Buch, das bei der Verlagsbuchhandlung E. S. Mittler und Sohn, Berlin, erschienen ist, behandelt die allgemeine Struktur und Bedeutung der Industrie, die Produktion, die

Betriebs- und Unternehmungsorganisation, die Arbeitnehmer- verhältnisse, die Versorgung mit Roh- und Hilfsstoffen, die Material- und Kapitalverhältnisse, die Absatzbedingungen, den Binnenmarkt und den Weltmarkt.

Nach der amtlichen Betriebszählung vom 16. Juni 1925 umfaßte die Spielwarenindustrie unter Einbeziehung der Produktion von Christbaumschmuck 11 151 Betriebe, in denen 58 251 Personen beschäftigt waren. Die hohe Zahl der ge- werblichen Niederlassungen erklärt sich daraus, daß die Heim- arbeiter, die in bestimmten Zweigen der Spielwarenindustrie eine erhebliche Rolle spielen, als eigene „Betriebe" gezählt wurden.

Ein Vergleich der amtlichen Zählungen von 1907 und 1925 ergibt eine Zunahme der Betriebe um 2614 = 30,6 Prozent und der Zahl der Beschäftigten um 23 591 = 68,1 Prozent.

Die Entwicklung der deutschen Spielwarenindustrie 1925 gegenüber 1907.

Jahr	Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigten Personen
1907	8 537	34 660
1925	11 151	58 251
Zunahme in %	30,6	68,1

Die außerordentliche Zunahme gegenüber 1907 hat zum wesentlichen Teil faktisch-technische Gründe. Die Zählung von 1907 enthielt noch keine einheitliche Spielwarenposition. Die Spielwarenproduktion erschien damals unter den Industrien der Metall-, Holz-, Papier-, Glas- usw. Verarbeitung. Nicht enthalten waren: Christbaumschmuck, Pappspielwaren, Gesell- schaftsspiele, Zelluloidspielwaren, „Puppe" Spielfachen, Karneval- und Festartikel sowie Alttrappen. Die Bildung einer einheitlichen Position erleichterte die Erhebung im Jahre 1925 sehr wesentlich. Auch das Hausgewerbe wurde 1907 viel weniger gründlich erfaßt als 1925.

Aber die eingetragenen Firmen im Kreise Sonneberg (Spielwaren und Christbaumschmuck) sind festgestellt am

31. 12. 1913	135 Firmen
31. 12. 1919	175 Firmen
31. 12. 1924	276 Firmen
1. 7. 1928	273 Firmen

Die Entwicklung der Spielwarenindustrie seit 1925 hat nach der Statistik der Gewerbeaufsichtsämter nachstehenden Verlauf genommen. Berücksichtigt muß bei der Statistik werden, daß die Gewerbeaufsichtsbehörden nur Betriebe mit fünf und mehr Arbeitnehmern erfaßt haben. Es fehlt also die Hausindustrie vollkommen.

Die Entwicklung der deutschen Spielwarenindustrie 1925 bis 1928.

Jahr	Zahl der Betriebe ohne Prägung und mit Prägung und Baden	Zahl der Arbeiter ohne Prägung und mit Prägung und Baden
1925	1 050	31 351
1925	775	25 149
1926	659	20 500
1927	637	21 559
1928	683	23 720

Aber den Umfang der einzelnen Produktionszweige der Spielwarenindustrie gibt folgende Tabelle Auskunft:

Umfang der einzelnen Produktionszweige der Spielwarenindustrie im Jahre 1925 (technische Einheiten).

Gewerheiten	Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigten Personen
1. Metallspielwaren	733	15 406
2. Spielwaren aus Holz	2 205	10 655
3. Puppen	3 353	12 400
4. Stoffspielwaren	1 237	3 718
5. Papierspielwaren (einschließlich Masken-, Scherz- und Zauberkunst)	853	4 803
6. Glasspielwaren und Christbaumschmuck	1 819	6 322
7. Sonstige Spielwaren und Alttrappen	951	4 947
Zusammen:	11 151	58 251

Die Entwicklung, insbesondere die Umstellung der Spiel- warenindustrie von 1907 bis 1925 kann am besten verfolgt werden in Gegenüberstellung dieser mit folgender Tabelle:

Umfang der einzelnen Produktionsgruppen der Spielwarenindustrie im Jahre 1907.

Gewerheiten	Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigten Personen
1. Spielwaren aus Stein	203	336
2. Spielwaren aus Ton und Porzellan	80	1 060
3. Spielwaren aus Glas	489	1 094
4. Spielwaren aus Metall	706	9 055
5. Spielwaren aus Filz und Webstoffen	285	1 290
6. Spielwaren aus Papiermache	1 803	6 621
7. Spielwaren aus Leder	782	2 819
8. Spielwaren aus Kautschuk	3	55
9. Spielwaren aus Holz, Horn und anderen Schnitzstoffen	2 368	8 530
10. Fertigstellung, Bekleidung und Ausstattung von Puppen	1 798	3 788
Zusammen:	8 537	34 660

Die Gruppeneinteilung von 1925 hat inzwischen wieder eine Änderung erfahren. Die Gruppe „Sonstige Spielwaren und Alttrappen" wurde aufgelöst in die Einzelgruppen: Gummi- spielwaren, Zelluloidspielwaren, Porzellan- und Glas- spielwaren und Alttrappen. Nach der neuen Regelung wird nunmehr unter- schieden in folgende Spielwarengruppen: Metallspielwaren (mit einer Untergruppe Zinnfiguren), Holzspielwaren, Puppen (ohne Porzellan-, Zelluloid- und Gummipuppen), Stoffspiel- waren, Gesellschafts- und Beschäftigungsspiele, Karneval- und Festartikel, Christbaumschmuck (einschließlich Puppen aus Porzellan), Gummi- und Zelluloidspielwaren (einschließlich Puppen aus Gummi), Zelluloidspielwaren (einschließlich Puppen aus Zelluloid), Alttrappen und Kinderfahrzeuge.

Neben vorerwähnten Spielwarengruppen sind noch eine Reihe kleinere Gruppen erwähnt, die unter „Sonstige Spiel- waren" zusammengefaßt sind. Es kommen in Frage: Galalith- spielwaren (Domino, Damesteine, Würfel, Holzmakel, Kajakspiele) 4 Firmen, Steinbaukästen eine Firma, Stein- gut- und Tonspielwaren (Märbel, Kuckucksuhren) 8 Firmen, Korb- und Holzspielwaren aller Art 17 Firmen, Leder- und Stoffspielwaren (Pelztiere) 9 Firmen, Fellspielwaren (Tiere) 9 Firmen, Feder- spiele (Federwedel, Federwindmühlen usw.) 19 Firmen, Ballnetze 16 Firmen, Springseile 14 Firmen, Reifenspiele aus Rohr usw. 7 Firmen. Dazu wie folgt: Anstichspiele 6 Firmen, Ausschneidebogen 9 Firmen, Modellierbogen 9 Firmen, Militärrequisiten (Helme, Kürasse) 6 Firmen, Papiermache- und Stoffspielwaren aller Art 16 Firmen, Papier- und Pappspielwaren aller Art 29 Firmen.

S. E. Klein.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Des Mädchens Klage.

Auf die Nacht, in den Spinnstuben,
Da singen die Mädchen,
Da lachen die Dorfhuben,
Wie flink geh'n die Mädchen!

Spinnt jedes am Brauttschaf,
Daß der Liebste sich freut.
Nicht lange, so gibt es
Ein Hochzeitsgeläut.

Kein Mensch, der mit gut ist,
Will nach mir fragen.
Wie bang mir zu Mut ist,
Wem soll ich's klagen?

Die Tränen rinnen
Mir übers Gesicht —
Wofür ich soll spinnen,
Ich weiß es nicht!

Paul Heyse (aus „Mädchenlieder“).

Sein bester Schachzug.

(Eine Skizze aus der Sturmzeit von Drama.)

Das kleine Nest L. im Wapertischen Wald war ein harter Boden für die Agitationskommission. Gute Vorbedingungen waren schon vorhanden. Da waren die kernigen Waldarbeiter, die Tagelöhner und Ziegeleiarbeiter, denen es allen ziemlich kläglich ging. Aber, aber — es haperte mit den Versammlungslokalen. Es waren zwar zwei Wirtschaften da, jedes mit einem großen Saal, aber die Wirte hatten einen heillosen Respekt vor dem Herrn Hochwürden, einem ziemlich hohköpfigen Herrn. Der aber hatte die roten Brüder dick und strengste Anweisungen gegeben, ihnen die Lokale zu verweigern. Die Agitationskommission war zu Ende mit ihrem Latein. So mußte denn der „Strolch“ heran an den Speck. Diesen schönen Namen führte ein kleiner, unansehnlicher Glasarbeiter. Es war sein Spitz- und Ehrenname. Er hatte ihn sich unter dem Sozialistengesetz verdient, wo er der heiligen Hermandad manches Schnippschen geschlagen hatte. So bekam er den ehrenvollen Auftrag, in L. Brejsche zu schlagen. Er war nicht faul, setzte sich auf seine vier Buchstaben und schrieb einen ziemlich langen Brief an den Verfrachtmann in L. Der Steffel, ein echter Waldler, groß und breit, mit hellen, klugen Augen, nahm den Brief schmunzelnd zur Kenntnis und machte sich auf die Socken. Als Resultat seines Bemühens bekam der „Strolch“ einige Tage später einen Brief vom Steffel. In ungelinker Schrift teilte ihm derselbe mit, daß der Lehrer in L. Demokrat sei. Zwar ein heimlicher, denn wenn er sich was merken ließe, verlore er seine Stelle, aber er lebe die demokratische Zeitung, die er von seiner Schwester in der Stadt geschickt bekommen. „Strolch“ fuhr am nächsten Sonntag nach L. und suchte schnurstracks den Herrn Lehrer auf. Er traf ihn beim Frühstück an und führte unter vier Augen ein ziemlich langes Palaver mit ihm. Sie trennten sich mit einem Händedruck und mit der Vereinbarung, sich abends im „Goldenen Hirschen“ zu treffen. Dort droß nämlich allabendlich Herr Hochwürden seinen Laroak. Seine Anwesenheit war für den Plan des „Strolch“ sehr notwendig. Der Herr Lehrer hatte ihm nämlich verraten, daß Hochwürden ein leidenschaftlicher Schachspieler sei, dem es aber in dem kleinen Nest an einem ebenbürtigen Partnern mangle. Der Lehrer und der Schachwandnerbauer, mit denen er sonst zu spielen pflegte, bekamen regelmäßig fürchterliche Prügel. Nun traf es sich sehr gut, daß „Strolch“ ein sehr guter Schachspieler war, und auf Grund dieses Umstandes hatte er mit dem Lehrer ein feines Pflänzchen ausgeheckt.

Es verlief alles programmgemäß. Der Lehrer stellte „Strolch“ dem Herrn Hochwürden vor und verlag dabei nicht, zu erwähnen, wer „Strolch“ sei und was er in L. wolle. „So, so, Sie sind also ein roter Agitator und wollen in L. eine Versammlung abhalten? Wird schwer fallen, wird sehr schwer fallen, mein Lieber“, jagte spöttisch Hochwürden und rieb sich dabei das feiste Kinn. „Aber wissen was“, fuhr er fort, „spielen an Laroak mit.“ „Auf mir sehr leid“, antwortete höflich „Strolch“, „Laroak kann ich leider nicht. Das einzige, was ich spielen kann, ist Schach.“ Jetzt wurde Hochwürden lebendig. „Was, Schach können Sie spielen? Das ist aber fein. Reß, in mir gleich das Schachspiel her, ich will den Herrn Agitator einmal gründlich verwöhnen.“ So ging's denn los. Der Herr Lehrer und der Schachwandnerbauer sahen zu. „Strolch“ verlor die erste Partie. Dann auch die zweite und dritte. Er ärgerte sich scheinbar schrecklich, denn er wußte tausend Entschuldigungsgründe. Sein stereotyper „Heut paß ich gar nicht auf“ klang kläglich. Da flüsterte der Lehrer dem Pfarrer etwas ins Ohr. Hochwürden, der ob seiner Siege in glänzender Laune war und sich vor Freude des öfteren auf die profanen Schenkel schlug, jagte nun lächelnd zu „Strolch“: „Dann Sie besser aufpassen, können wir ja in einem Einzug spielen.“ Daß dieser antwortete mit jäherlicher Miene: „Neben Herr Pfarrer, mit dem Geld da hat es bei mir leider meistens und gewöhnlich einen großen Zusammenhang.“ Wieder flüsterte der Lehrer dem Pfarrer etwas in das Ohr. Dieser knigte jetzt, doch dann wendete er sich mit ironischem Lachen an „Strolch“ und sprach: „Dann spielen wir hell zu etwas anderes.“ „Wissen was? Spiele mit um Ihre Verjammung.“ Das Lachen des Herrn Pfarrers wurde nun zu einem Grinsen. „Strolch“ machte sein dümmstes Gesicht an und fragte naiv: „Wie meinen Sie das, Herr Pfarrer, ich verführe Sie nicht.“ Der Pfarrer gab zur Antwort: „Ich meine das so: Obwohl Sie nicht die geringste Ahnung haben, hier eine Versammlung abhalten zu können, Sie wissen schon warum, erkläre ich mich bereit, dafür bei mehreren Hirschen“ — einzuweisen, daß er Ihnen sein Lokal zur Verfügung stellt — an Sie gewinnere. Andererseits wüßten Sie mir versprechen, daß weder Sie noch jemand anders es versucht, an irgendeinem Orte eine Versammlung abzuhalten — wenn Sie verlieren. Kapitell und einverstanden.“ „Strolch“ sah sehr bedenklich drein und kratzte sich hinter dem Ohren. „Kann ich nicht?“ fragte häuslich Hochwürden jetzt schling „Strolch“ ein und hegte Nebe, ein Lachen zu unterdrücken. Die Steine wurden frisch aufgestellt, und die Schlacht begann. Der Lehrer bekam vor Aufregung einen ganz roten Kopf, und der Pfarrer rutschte etwas auf seinem Stuhl hin und her. „Strolch“, der bis jetzt aufgeregt und feurig beim Spiel war, wurde auf einmal kühl wie Eis. Im Zimmer wurde es still wie in einer Kirche. So gar die Kartenblätter an anderen Tisch hatten aufgehört zu spielen und lugten neugierig herüber. Die Zeit ging auf den Zehntelstunden, und der Herr Pfarrer hatte sich als interessierter Zuschauer ein, denn wenn Herr Hochwürden über Erwartung verlieren sollte, bedeutete das für ihn ein nettes Geschäftchen. Er hielt heimlich den Dammern — für „Strolch“ — Bismarck-guns anders. Schon nach einigen Zügen hatte „Strolch“ eine Figur gewonnen. Nach kurzer Weile begab sich der König des Herrn Pfarrers auf die Wanderschaft, und es dauerte nicht mehr lange, da schmetterte „Strolch“ ein helles jubelndes „Schach matt“ heraus. Hochwürden war kaffeweg geworden. Mit einem giftigen Blick auf den Lehrer bewachte er etwas, das wie Spei klang. Dann stand er auf, jagte zum Tisch: „Sie haben gehört, Jochel, der Herr bekommt Ihr König.“ „Dane „Strolch“ eines Blickes zu würdigen, setzte er seinen



Hut auf, und ohne Gruß schmefferte er die Tür hinter sich ins Schloß, daß die Fenster klirrten. Eine Woche später hielt „Strolch“ seine Versammlung ab. Sie verlief glänzend, obwohl ihm Hochwürden als Diskussionsredner entgegentrat. „Strolch“ aber war ein gewandter, temperamentvoller Redner und hatte gefunden Mutterwitz. Er wurde auch mit Hochwürden fertig. Steffel, der Verfrachtmann, strahlte. Er und „Strolch“ hatten es gemeißelt. Die Brejsche war geschlagen.

„Strolch“ lebt noch. Er ist zwar schon sehr wacklig und hat schneeweißes Haar, aber seinen Schoppen trinkt er alle Tage. Bei dieser Gelegenheit hat er mir's mit glänzenden Augen und jugendhaftem Temperament erzählt. Er ist heute noch stolz auf seinen „besten Schachzug“.

Depot-Unterschlagung.

Von Hanns Rösler.

Vor der breiten Fassade des Mitteleuropäischen Bankvereins hielt der Wagen.

Ein Herr stieg aus.
Warten Sie.
Der Chauffeur grüßte.
Der Herr verschwand hinter den gläsernen Flügeltüren.
„Herr Direktor persönlich.“
„Wen darf ich melden?“
Der Herr gab ihm keine Karte.
„William E. C. Brown.“
Weiter nichts. Kein Titel. Kein Beruf. Keine Adresse.
„Herr Direktor läßt bitten.“
Der Herr trat ein.
„Ich möchte bei Ihnen Bargeld deponieren. Zweihunderttausend Mark. Auf vier Wochen.“
„Wir eröffnen Ihnen ein Konto.“
„Rein. Ich deponiere den Betrag.“
„Ein Konto bringt Ihnen Zinsen.“
„Ich jagte Ihnen schon, daß ich nur deponieren will.“
„Gewiß. Natürlich. Ganz wie Sie wünschen, verjuchte es der Direktor nochmals, nur gefallten Sie darauf hinzuweisen, daß besonders jetzt günstige kurzfristige Anlagemöglichkeiten vorliegen. Wir könnten Ihnen zehn Prozent Zinsen bewilligen.“
„Zehn Prozent? Wie groß ist das Vermögen der Bank?“
„Wir sind ein Privatunternehmen. Eine Familiengründung meines Vaters.“
„Das Vermögen?“
„Drei Millionen.“
„Flüssig?“
„Flüssig nicht gerade — aber beste Sicherheiten.“
„Danke, verjuchte.“
„Unser Depotfach beträgt zwei pro Mille.“
„Einverstanden. Unter voller Haftung?“
„Der Satz ist inklusive Versicherung.“
„William E. C. Brown entnahm seiner Aktentasche zehn Bündel zu zwanzig neuen Tausendmarkscheinen.
„Bitte nachzuprüfen.“
Die Direktor ließ die Scheine durch seine Finger laufen.
„Stimmt. Danke.“
„Eine Befestigung?“
„Sofort!“ Der Bankmann klingelte den Prokuristen zum zweiten Unterjoch.
Drei Minuten später verließ der Herr die Bank.
Der Wagen sprang lautlos an.
Der Geldmarkt verjuchte sich von Tag zu Tag. Die Zinsfüße für tägliches Geld stiegen ins Ungewöhnliche. Gelegenheiten, bares Geld innerlich weisiger Wochen zu verdoppeln, waren an der Tagesordnung.
„Wir bewilligen hundert Prozent.“
„Es tut mir leid“, bedauerte der Direktor, „Ihre Sicherheiten sind die denkbar besten. Ich würde mich auch zu anderer Zeit sofort bereitwilligen, Ihnen den Betrag zu verschaffen. Aber augenblicklich haben wir kein Bargeld.“
„Hundert Prozent auf zwei Wochen?“
„Es geht nicht.“
„Hundertprozentig Prozent.“
„Unmöglich.“
„Zweihundert Prozent.“
„Wäre nicht eine Möglichkeit?“ fragte der Direktor leise die beiden beiführenden Prokuristen der Bank.
„Dreihundert Prozent könnten wir freimachen.“
„Dreihundert Prozent nähren uns nichts“, bedauerten die Herren der bekannten Textilfabriken Schneidchans u. Söhne, das Geschäft, das uns die Möglichkeit gibt, Ihnen diesen enormen Zinsfuß zu bieten, bedingt sofort zweihunderttausend Mark. Wir verpfänden dafür unsere Lagerbestände in der Rindfleischhöhe von fünfzehnhunderttausend.“
„In vierzehn Tagen ist das Geld wieder in unserem Besitz?“
„Wir hätten für den Termin mit anderen Fabriken.“
„Schon. Ich werde das Geld schaffen“, stand der Direktor auf, „bis heute Nachmittag.“
Am nächsten Morgen meldete der Diener:
„William E. C. Brown.“
Der Direktor der Mitteleuropäischen Bank erblachte.
„Wer?“ fragte er noch einmal.
„William E. C. Brown.“
„Ich lasse bitten.“
Der Herr trat ein.

„Guten Morgen“, grüßte er höflich, „entschuldigen Sie, daß ich Sie persönlich störe, aber ich möchte mein Depot abheben.“
„Sie sprachen damals von vier Wochen.“
„Stimmt. Aber eine augenblickliche Situation zwingt mich —“
Der Direktor blieb stumm.
„Was bedeutet das?“, fragte Brown hart.
„Wir — ich — wir hatten nicht erwartet, daß Sie das Geld so schnell benötigen.“
„Das heißt also —?“
„Ja!“
Der Herr sagte eine Weile nichts.
Das Summen könnte überlaut von den Schallerräumen der Bank. Dann durchschritt es eine Stimme:
„Ich kann Sie sofort verhaften lassen.“
„Ich weiß!“
„Auf Depotunterschlagung steht Zuchthaus.“
„Haben Sie Mitleid“, flehte der Direktor, „in zehn Tagen ist das Geld in Ihrem Besitz. Wir haben es einem bekannten Textilkonzern geliehen. Wir bieten Ihnen fünfzig Prozent für diese Tage.“
„Sind Sie verrückt, mir derartige Vorschläge zu machen? Ich habe meine Gründe, mit diesem Geld keine Geschäfte zu machen.“
„Sie wollen mich also — anzeigen?“
„Nein!“
„Nein?“
„Nein! Ich werde Sie nicht anzeigen. Ich werde in genau acht Tagen wiederkommen. Wenn ich dann den Betrag nicht genau so, in zehn Bündeln zu zwanzig neuen Tausendern, wie ich ihn Ihnen übergeben habe, bekomme, dann Gnade Ihnen Gott.“
Die Tür fiel hart hinter ihm ins Schloß.
Acht Tage später.
„William E. C. Brown.“
„Ich lasse bitten.“
„Ist der Betrag zu meiner Verfügung?“
„Hier ist er.“
„William E. C. Brown zählte die Scheine.“
Es stimmte.
„Was bekommen Sie?“ fragte er dann.
„Ich?“
„Ihre Gebühren?“
„Nichts natürlich. Ich bin persönlich Ihnen für Ihren Edelmut so sehr verpflichtet, daß ich selbstverständlich auf diesen kleinen Betrag verzichte. Im Gegenteil ich möchte mir erlauben —“
„Ich verzichte auf Ihre Noblesse, Herr! Was bekommen Sie?“
„Zweihundert Mark waren vereinbart“, antwortete der Direktor kleinlaut.
„Hier sind sie. Guten Morgen!“
Der Direktor verneigte sich stumm.
Draußen sprang ein Wagen an.
„In Ordnung?“ bengte sich der Chauffeur zurück.
„Alles“, lachte William E. C. Brown breit.
„Nichts gemerkt?“
„Nichts.“
„Du hast das Geld?“
„Zweihunderttausend Mark. Alles gute Reichsbanknoten.“
„Und wenn es herauskommt?“
„Sind wir längst über alle Berge. Außerdem haben wir das Geld nicht in Umlauf gebracht und ausdrücklich dagegen protestiert. Und dann glaube ich, daß es so schnell nicht herauskommt. Dazu waren die zweihundert Tausender, die wir deponierten, zu gut nachgemacht.“

Der Wettlauf um die Zechen.

Ein ergötzliches Stückchen wird aus einem Orte bei Ziegenrück berichtet.

Zwei Arbeitslose aus dem vielgerühmten Unterland hatten sich nach dem schönen Oberland aufgemacht. Leider hatten die beiden nicht nur das Geld, sondern auch den notwendigen Proviant „vergeffen“. In ihrer verzweifelten Lage verfielen sie auf eine tolle Idee, die im Gasthof des nächsterreichbaren Ortes verwirklicht werden sollte. Jeder strebte auf anderem Wege der Rettungsschlacht zu. Als der eine die Gaststube betrat und sich bescheiden in die Ecke setzte, schmauste und pokulierte der andere bereits nach Herzenslust. Nachdem sich bei diesem das Gefühl des Wohlbehagens wieder eingestellt hatte und er Zeit fand, Umschau zu halten, erhellte sich plötzlich sein Gesicht. Er hatte in dem Gast an Gastscheine seinen besten Jugendfreund nach vielen Jahren wiedergegesehen. Selbstverständlich mußte das unverhoffte Wiedersehen ordentlich gewürdigt werden, und jener hatte den Wirt heimlich aufgefordert, seinen Freund keine Not leiden zu lassen. Als später die Zahlung erfolgen sollte, erbot sich jeder dazu, und keiner wollte zulassen, daß sich der Wirt von dem einen oder dem anderen die Zechen bezahlen ließ. Da eine Einigkeit nicht erzielt werden konnte, schlug man einen Wettlauf vor. Wer im 100-Meter-Lauf Sieger blieb, war vom Zahlen befreit. In Gegenwart des Wirtes und mehrerer Gäste wurden die Vorbereitungen getroffen, und nach erfolgtem Signal schossen die beiden los. Und sie sprangen und sprangen, bis sie — verschwunden waren. Aber sie hatten das Telefon nicht in ihre Berechnung einbezogen. Beim Überlegen über die Saale wurden sie am anderen Ufer vom Landjäger in freundlichen Empfang genommen.

(Aus der „Frankfurter Zeitung“.)

Humoristische Ecke.

Bei der Krankenanmeldung.

Kranke, die draußen von einem Arzt behandelt und von diesem ins Krankenhaus überwiesen wurden, brachten einen Krankenschein mit, auf dem der Krankheitsbefund — die Diagnose — vermerkt war. In den Vormittagsstunden war Hochbetrieb. Sobald die Kranken in das Aufnahmezimmer kamen, wurden ihnen die Krankenscheine abgenommen. Im Nebenzimmer wartete der Arzt seines Amtes. Einzelnen wurden die Kranken in dieses Untersuchungszimmer hineingeführt und bei dieser Gelegenheit dem Arzt der Krankenschein übergeben. In einem besonders heißen Tage ist damals ein vielbeschäftigtes Versehen passiert. Im Aufnahmezimmer befand sich eine ganze Anzahl von Kranken, die auf ihre Untersuchung warteten. Im Orange der Geschäfte wurden die mitgebrachten Krankenscheine der nächsten beiden Patienten verwechselt. Der eine Krankenschein verzeichnete Hämorrhoiden, der andere Halsentzündung. Der Patient mit der Halsentzündung kam zuerst dran. Auf dem Krankenschein aber, der dem Arzt übergeben wurde, stand Hämorrhoiden. Der Kranke mußte sich ausziehen und sich mit hochgezogenen Beinen auf den Untersuchungstisch legen. Kopfschüttelnd tat er, was ihm befohlen. Der Arzt ließ sich einen Gummifinger und Vaseline geben. Die Untersuchung verlief natürlich negativ. Der Patient wollte etwas sagen, der Arzt ließ ihn aber nicht zu Worte kommen, sondern hat ihn, sich umzudrehen und Anielage einzunehmen. Der Patient zögerte, aber gehorchte. Der Arzt verjuchte es jetzt mit dem Mittelfinger. Jetzt wurde die Geschichte dem Patienten doch zu bunt. Er wendete den Kopf halb herum und meinte in gemäßigtem, Berliner Jargon: „Wissen Sie, Herr Doktor, ich glaube, ihr Finger wird wohl zu kurz find; ich hab et nämlich im Hals.“ Das keine Gewitter, das darauf losbrach, war bald wieder von der Sonne dieses eckigen Berliner Humors verdrängt. „Aus „Sanitätswarte“ Nr. 11 vom 31. Mai 1930.“